

SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 10 / Oktober 2008 · Ausgabe Berlin / Brandenburg

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: kontakt@sovde.de

„Ich will noch viel bewegen“

Ein Porträt von SoVD-Präsident Adolf Bauer

Seite 5

Bahn nimmt Pläne für Service-Zuschlag zurück

Verzicht nach öffentlichen Protesten, auch seitens des SoVD

Seite 6



25 Jahre Werkstatt für Behinderte in Witten

SoVD-Lebenshilfe gGmbH feiert Jubiläum

Seite 8

Aktionstag zur Sozialstaatsinitiative. SoVD und Volkssolidarität fordern: Kurswechsel in der Sozialpolitik!

Mit einem groß angelegten Aktionstag in Berlin haben SoVD und Volkssolidarität innerhalb ihrer Sozialstaatsinitiative einen vorläufigen Höhepunkt gesetzt. Vor fast 250 Menschen – darunter Fachleute und Bundestagsabgeordnete – diskutierten am 23. September Vertreter der beiden Verbände, Politiker und Gewerkschaftsvertreter die Perspektiven des Sozialstaates. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 forderten sie einen Kurswechsel in der Sozialpolitik – weg vom Sozialabbau, hin zu einer Stärkung des Sozialstaates und zur Verwirklichung von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit.

Vehement wandte sich SoVD-Präsident Adolf Bauer in seiner Rede gegen Stimmen aus Politik, Wirtschaft und Medien, die den Sozialstaat begraben wollen. Bauer: „Der Sozialstaat hat sich nicht überlebt. Er ist kein Modell von gestern, sondern mehr denn je ein Modell der Zukunft.“

Angesichts der gegenwärtigen Lage forderte der SoVD-Präsident die



SoVD-Präsident Adolf Bauer rief zum Kurswechsel in der Sozialpolitik auf.



Fotos (2): Bildschön

Dass der Sozialstaat gestärkt werden muss, wurde auf sehr plastische Art deutlich, als im Rahmen des Aktionstages Betroffene dem Publikum ihre Erfahrungen schilderten.

Anwesenden auf, nicht zuzulassen, dass die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich wächst und

Der SoVD ist für Reformen. Aber sie müssen diesen Namen verdienen!

Der Sozialabbau fortschreitet. Er wies darauf hin, dass die deutsche Wirtschaftsleistung von 2005 bis 2008 um real 9 Prozent gestiegen ist, die Nettolöhne aber um 3,5 Prozent gesunken sind.

Adolf Bauer betonte, dass der SoVD sich zu keiner Zeit notwendigen und richtungsweisenden Reformen verschlossen habe. Wichtig

sei aber, dass es sich um Reformen handele, „die diesen Namen verdienen und die den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt“ stellen.

Bauer warnte vor der Gefahr einer neuen Altersarmut und plädierte für das SoVD-Konzept zur Weiterentwicklung der Rentenversicherung in Richtung einer Erwerbstätigenversicherung. Er kündigte an, dass der Sozialverband Deutschland sich offensiv für die Einführung einer Inflationsschutzklausel in der Rentenformel

einsetzen werde. Der SoVD wird sich – auch das kündigte Bauer an – gegen eine Zweiklassenmedizin zur Wehr setzen und sich für eine Umsetzung des Pflege-Qualitätssicherungsgesetzes und für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung einsetzen.

Prof. Dr. Gunnar Winkler, Präsident der Volkssolidarität, nahm Bezug auf die aktuelle Finanz- und Bankenmisere (siehe auch S. 7). Die jüngste Krise des „Casino-Kapitalismus“, so Winkler, gefährde den Sozialstaat unmittelbar. Winkler: „Es kann nicht sein, dass Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten einerseits zu ungeheuren Gewinnen führen, Verluste aus solchen Spekulationen aber andererseits der Allgemeinheit aufgebürdet werden!“ Milliardenbeträge fließen jetzt in die Sicherung des Bankensystems, die vor allem für soziale Aufgaben fehlten.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), griff unter anderem das Thema Mindestlohn auf. „Wir halten es für schlicht und er-

Fortsetzung auf S. 2

Blickpunkt

Die Deutsche Bank steigt bei der Postbank ein. Beide Unternehmen gewinnen dabei: Die Postbank hat für die Beteiligung am Spargeschäft einen guten Preis erzielt. Die Deutsche Bank stärkt durch den Kauf ihre Position als größte Bank des Landes. Was aber bedeutet diese Transaktion inmitten eines Aktienkurs-Tiefs für die 14 Millionen Postbank-Kunden?



Offiziell heißt es dazu, die Beteiligung habe zunächst keine Auswirkungen auf Standorte und Arbeitsplätze. Und längerfristig? Verbraucherschützer rechnen damit, dass Postbank-Filialen geschlossen werden. Sie befürchten einen massiven Stellenabbau ebenso wie eine Verschlechterung der Beratungsleistungen.

Bleibt zu hoffen, dass in den Vorstandsebenen der beiden Banken verantwortlich mit den Interessen der in der Regel weniger einkommensstarken Postbank-Kunden umgegangen wird. Denn sollten die Sorgen begründet und Filialen des rund 1100 Niederlassungen starken Netzes von Schließungen bedroht sein, dann hätten am Ende im Spiel der Größen wieder die ohnehin Schwächeren das Nachsehen.

SoVD-Präsidiumsmitglied Manfred Grönda

Anzeige

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Pflegerenten-Risikoversicherung*

- Beitrittsalter 18-80 Jahre
- Wahl der monatlichen Pflegerente von 150,- Euro bis 1.000,- Euro
- Im Pflegefall nach dem 3. Versicherungsjahr lebenslange Leistung
- Leistung bereits ab Pflegestufe 1
- bei Pflegefall durch Unfall sofortige Leistung
- Beitragsbefreiung bei Eintritt des Pflegefalles

*Voraussetzung ist eine SoVD-Sterbegeld-Vorsorge

Haben Sie Interesse?: Tel.: 040/ 63 76 27 62

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

mit der Organisation für Verbandsgruppenversicherungen



Ein Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe.

Was darf ein Kind kosten?

Was kostet ein Kind? Laut einer Studie zweier Wissenschaftler der Technischen Universität Chemnitz nicht mehr als 79 Euro im Monat. Eine weitere Berechnung der beiden „Experten“ lautet: Ein Bedürftiger kann mit 132 Euro im Monat auskommen – vorausgesetzt, er raucht und telefoniert nicht! Am Ende ihrer Studie kommen die Gelehrten – ebenso wie ein Hamburger Ökonom – zu dem provokanten Ergebnis, dass Hartz-IV-Empfänger deutlich mehr Geld erhalten, als es das Existenzminimum rechtfertigt.

Verlassen wir einen Augenblick den Elfenbeinturm. Aus eigener Erfahrung sieht die Rechnung nämlich anders aus. In Berlin etwa fallen zu Beginn des Schuljahres für zwei Kinder folgende Kosten an: 97,50 Euro für Schulbücher (9. Klasse), 32,50 Euro für die gebrauchten Schulbücher eines Fonds (6. Klasse), dazu

Hefte und Ordner zum Preis von rund 29 Euro – nicht zu vergessen die neuen Hallenturnschuhe für beide Kinder (ja, Kinder wachsen!) für zusammen über 100 Euro. Ach, es fehlen die Monatskarten für je 26 Euro. Macht nochmal 52 Euro plus. Dazu das Geld für die Klassenfahrten und das gesunde Pausenbrot! Schon sind wir bei weit über 400 Euro... Von diesen Kosten wären Hartz-IV-Empfänger nur zum Teil befreit. Keine Frage, dass sich eine ähnliche Rechnung auch für den Bedürftigen aufstellen ließe, der doch mit 132 Euro monatlich auskommen müsste, aber laut Studie „stärkere Anreize bräuchte, um arbeiten zu gehen“.

Will man den „Hartz-IV-Experten“ nicht reinen Zynismus unterstellen, dann fragt man sich, wieviel Realitätsverlust ein Wissenschaftler braucht, um solche Studien anzufertigen? veo

Fortsetzung von Seite 1

Kurswechsel in der Sozialpolitik!

greifend unanständig“, sagte er, „dass Menschen in diesem Land für 4,50 Euro oder weniger in der Stunde arbeiten müssen.“ Sommer vertrat die Ansicht, die Einführung von Mindestlöhnen käme nicht zuletzt dem Staat zugute (durch Einsparung von Zahlungen an sogenannte Aufstocker) und würde außerdem die Kaufkraft steigern.

Ganz auf der Linie von SoVD und Volkssolidarität befindet sich Sommer mit seinen Ansichten zur Rente. Auch er vertritt einen Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung. Der Weg in die private Altersvorsorge sei und bleibe hingegen „ein Irrweg“ – eine Ansicht, die im klaren Widerspruch stand zum Plädoyer für eine private Vorsorge von Franz-Josef Lersch-Mense (SPD), Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

DGB-Chef Sommer wünschte sich ausdrücklich den Schulterschluss der Gewerkschaften mit Sozialverband Deutschland und Volkssolidarität. In Detailfragen gebe es sicherlich hier und dort unterschiedliche Auffassungen, aber bei zentralen gesellschaftlichen Problemen müsse zusammengearbeitet werden. Dazu gehöre zum Beispiel die Verteidigung der Idee des Sozialen. „Wir sollten uns verstehen“, sagte Sommer, „als ein Freundeskreis des Grundgesetz-

zes, als ein Freundeskreis von Artikel 1 (die Würde des Menschen ist unantastbar), und auch als ein Freundeskreis des Artikels 20 (die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat).“

Ottmar Schreiner, Mitglied des Bundestages (SPD) und bekennender Gegner der Agenda 2010, beklagte in einer mit vielen Fakten unterlegten Rede das Auseinanderdriften der deutschen Gesellschaft. Als Beispiel nannte er die Ausbildungs-Chancen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen: 83 Prozent der Akademiker-Kinder machten Abitur, aber nur 20 Prozent der Nichtakademiker-Kinder. Schreiner: „Diesen Spaltungstendenzen müssen wir massiv entgegenreten – schon um der Zukunft unserer Demokratie willen.“ Wenn nämlich der soziale Zusammenhalt immer stärker gefährdet werde, dann leide darunter „die demokratische Substanz“.

Heftig kritisierte Ottmar Schreiner den gegenwärtigen Prozess der „Entstaatlichung“, der sich im deutlichen Rückgang der Staatsquote manifestiere. Die Staatsquote ist das Verhältnis der Summe der Haushaltsausgaben von Bund, Ländern und Kommunen sowie der gesetzlichen Sozialsysteme zum Bruttoinlandsprodukt. Die Entstaatlichung führt laut Schreiner zur Verknapp-

ung von Ressourcen. Das wiederum könne zu der Frage führen: Welche (Rest-) Ressourcen sollen in das Bildungssystem fließen, welche in den Sozialbereich? Letzten Endes würden damit junge Menschen gegen alte Menschen ausgespielt – „eine Debatte, die ich für so fatal halte wie kaum eine andere Diskussion“.

Einen praxisnahen Blick auf die Mängel unserer Sozialsysteme haben naturgemäß die direkt **Betroffenen**. In einem offenen Gespräch – das wie die gesamte Veranstaltung von Alfred Eichhorn vom Inforadio des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb) moderiert wurde – gewährten mehrere von ihnen dem Publikum Einblick in den Sozialstaat, wie er sich ihnen präsentiert. Inge Jefimov, Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Hamburg und aufgrund eines

Unfalls selbst seit 29 Jahren Rollstuhlfahrerin, schilderte ihre negativen Erfahrungen während eines Krankenhausaufenthaltes. Obwohl das Krankenhaus ganz neu war, war es nicht barrierefrei gebaut. Große Schwierigkeiten hatte sie auch bei der Genehmigung einer Reha-

Maßnahme im Anschluss an ihren Krankenhausaufenthalt – ein Problem, das Rainer Sbrzesny von der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD)/regionale Beratungsstelle Potsdam, allzu gut kennt. In seiner Beratungsstelle – die unter anderem vom SoVD getragen wird – melden sich, wie er berichtete, sehr oft Menschen, die sich über fehlende Unterstützung der Ärzte bei der Antragstellung auf Reha-Maßnahmen beklagen. Rainer Sbrzesny sah hier einen systemimmanenten Fehler, weil Ärzte für die Antragstellung weder ein angemessenes Honorar erhalten noch eine gesetzliche Verpflichtung zu dieser Tätigkeit besteht.

Jörg Jutzi von der Volkssolidarität berichtete über seine Suppenküche in Potsdam und von den Menschen, die zu ihm kommen. Überzeugend und eindrucksvoll legte er dem Publikum dar, dass die Menschen, die zu ihm kommen, keine „Sozialschmarotzer“ sind, dass sie ihr Geld nicht geschenkt bekommen, sondern verdienen wollen, dies aber aufgrund fehlender Arbeitsplätze nicht können.

Abstrakt wiederum die Rede von **Franz-Josef Lersch-Mense (SPD), Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales**. Lersch-Mense verteidigte die Politik der Regierung, insbesondere die Hartz-Gesetzgebung, nicht ohne allerdings in Details immer wieder Nachbesserungsbedarf einzugestehen. Trotzdem blieb seine Rede in weiten Teilen nicht ohne hörbaren Widerspruch aus dem Publikum. Es waren vor allem Einschätzun-



Fotos (3): Bildschön

DGB-Chef Michael Sommer forderte die Sozialverbände zum gemeinsamen Kampf für den Sozialstaat auf.

gen wie diejenige, dass der Sozialstaat nach wie vor sehr leistungsfähig sei, die im Publikum ablehnende Reaktionen hervorriefen. Im klaren Widerspruch zur Position von SoVD und Volkssolidarität – aber auch von DGB-Chef Michael Sommer – stand seine Haltung in der Rentenfrage. Lersch-Mense verteidigte das Ziel der Beitragsstabilität und den Umstand, dass, um dieses zu erreichen, eine Absenkung des Rentenniveaus notwendig gewesen sei.

Das Schlusswort sprach **SoVD-Frauensprecherin und Präsidiumsmitglied Edda Schliepack**. Die Veranstaltung, sagte Schliepack, habe sehr deutlich gezeigt, wie wichtig das Engagement von Sozialverband Deutschland und Volkssolidarität für die Fortentwicklung des Sozialstaates sei. Sie versicherte, dass beide Organisationen den massiven

Der SoVD nimmt den Sozialabbau nicht tatenlos hin!

Sozialabbau zulasten der Rentnerinnen und Rentner, der behinderten und chronisch kranken Menschen, der pflegebedürftigen und der sozial bedürftigen Menschen nicht tatenlos hinnehmen würden. Vielmehr würden sie ihre Forderungen zur Stärkung des Sozialstaates mit Nachdruck in den Bundestagswahlkampf 2009 einbringen.



SoVD-Frauensprecherin Edda Schliepack versicherte den Anwesenden das Engagement des Verbandes für Rentner/-innen, Behinderte und chronisch Kranke.

Stärkung des Sozialstaates: Die Kernforderungen von SoVD und Volkssolidarität

In der Rentenversicherung:

- ein sicheres ausreichendes Rentenniveau
- keine weiteren Rentenkürzungen
- Erhalt der Kaufkraft der Renten durch ausreichende jährliche Anpassungen
- Ausbau der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung

In der Kranken- und Pflegeversicherung:

- Verhinderung einer Zwei- bzw. Mehrklassenmedizin und Sicherstellung einer würdevollen Pflege
- gleicher Zugang zu notwendigen Gesundheitsleistungen für gesetzlich und privat Krankenversicherte
- weg mit dem Gesundheitsfonds! – keine neuen Belastungen für gesetzlich Krankenversicherte
- Ausbau der Gesetzlichen Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung

In der Arbeitsmarktpolitik:

- flächendeckende Einführung von existenzsichernden Mindestlöhnen
- keine Ausbeutung durch Lohndumping
- mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung durch aktive Arbeitsmarktpolitik
- Arbeit für Ältere statt Rente mit 67



Der Bundestagsabgeordnete Ottmar Schreiner (SPD) kritisierte den Prozess der Entstaatlichung.

Unterschriftensammlung zur Sozialstaatsinitiative

Auch Ihre Mithilfe ist gefragt!

Inzwischen haben über 180 000 Menschen die Listen zur Initiative „Sozialabbau stoppen. Sozialstaat stärken.“ unterschrieben. Unter-

schreiben auch Sie und sammeln Sie Unterschriften, damit Bundeskanzlerin Angela Merkel eine möglichst große Zahl überreicht werden kann.

Noch eine Bitte: Schicken Sie ausgefüllte Listen baldmöglichst an die Bundesgeschäftsstelle zurück, damit sie dort gesammelt werden können!

Sozialabbau stoppen! Sozialstaat stärken!
Eine gemeinsame Initiative von Sozialverband Deutschland und Volkssolidarität

Ich unterstütze die Forderungen von SoVD und Volkssolidarität:

Anschrift	Unterschrift
✂	
	✂

Bitte zurücksenden an: Sozialverband Deutschland (SoVD) e.V., Stralauer Str. 63, 10179 Berlin

Verband unterstützt ver.di-Konzept

SoVD fordert Angleichung der Rentenwerte (Ost)

Anfang September wurde in den Medien über eine Initiative ostdeutscher Bundesländer hinsichtlich einer Angleichung der Ost- an die West-Renten berichtet. Der Sozialverband Deutschland hat aus gegebenem Anlass der Öffentlichkeit noch einmal seine Position verdeutlicht und eine Angleichung der Rentenwerte in Ostdeutschland gefordert.

Achtzehn Jahre nach der Deutschen Einheit, so SoVD-Präsident Adolf Bauer, bräuchten die Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland eine klare Perspektive für eine Rentenangleichung. Bauer wies darauf hin, dass im Einigungsvertrag von 1990 eine schrittweise Angleichung der Rentenwerte in Ost- und Westdeutschland verankert worden ist. Bei den derzeitigen Anpassungsmechanismen ist frühestens 2030 mit einer vollständigen Angleichung der Rentenwerte in Ost- und Westdeutschland zu rechnen.

Der SoVD unterstützt daher den Vorschlag der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di für eine stufenweise Anhebung des aktuellen Rentenwertes Ost auf Westniveau innerhalb von zehn Jahren. Dabei muss die Angleichung aus Steuermitteln finanziert werden.

SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut

Gut tun – tut gut-Preis 2008: Feierliche Auszeichnung in Berlin

Am 4. September wurde in der Hauptstadt bereits zum zweiten Mal der Gut tun – tut gut-Preis des SoVD verliehen. Erneut wurde mit dieser Auszeichnung das herausragende soziale Engagement von Menschen, die unentgeltliche

Hilfe und Unterstützung für andere leisten, geehrt.

„Wir möchten diesen besonderen Einsatz für andere Menschen würdigen, denn oft wird soziales Engagement im Verborgenen geleistet. Mit dem Preis wollen wir das ehrenamtliche Engagement sichtbar machen und noch mehr Menschen dafür gewinnen, andere mit ganz alltäglichen Dingen zu unterstützen“, erklärte SoVD-Präsident Adolf Bauer.

Gesine Schwan, Schirmherrin der Kampagne, überreichte Anne-Dörthe Lorenz aus Dortmund den Einzelpreis. Die Grundschullehrerin organisiert seit 1996 Auftritte von Schülerinnen und Schülern der Dortmunder

Diesterweg-Grundschule bei Veranstaltungen des SoVD. Mit einstudierten Musik- oder Theaterstücken bereiten die Kinder den älteren Menschen eine Freude. Dabei ist es gerade für Kinder aus sozial schwachen Familien oder mit Migrationshintergrund eine schöne Erfahrung, wenn sie Anerkennung für ihre Bühnenauftritte erhalten. Aus Spenden von SoVD-Mitgliedern konnte Anne-Dörthe Lorenz den Kindern zudem Aktivitäten wie Museumsbesuche ermöglichen. In ihrer Laudatio hob Gesine Schwan das langjährige Engagement der Preisträgerin und das generationenübergreifende und interkulturelle Miteinander hervor.

Der Gruppenpreis ging an Christiane Suckow für ihr Engagement im Rahmen des Vereins „Haltestelle-sponte-Nord“ in Flensburg. Die 40-jährige Altenpflegerin hat das Projekt vor sieben Jahren gemeinsam mit ihrem Mann Frank und Ina Adenstedt gegründet. Die „Haltestelle-sponte-Nord“ befindet sich in einem sozialen Brennpunkt. An drei Tagen in der Woche erhalten bedürftige Bürgerinnen und Bürger dort eine warme Mahlzeit, aber auch Hilfe und Beratung bei Sorgen und Nöten. Die Räumlichkeiten bieten Spielmöglichkeiten für Kinder, einen Treffpunkt für bedürftige Rentnerinnen und Rentner und Hilfe für obdachlose Menschen. Der SoVD-Präsident würdigte das Engagement der zwölf ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer: „Das Projekt ist ein praktischer Beitrag gegen Armut in unserem Land. Dabei ist es besonders wichtig, ein offenes Ohr für die Sorgen von Mitmenschen zu haben und ihnen Mut zu machen.“

Der Glückspreis wurde per Los aus den nominierten Einsendungen ermittelt und ging in diesem Jahr an Rita Wegg aus Kirchweyhe in Niedersachsen. Sie hat eine Vielzahl von Aktivitäten initiiert und dabei unter anderem im Rahmen der Aktion „Gut tun macht Schule“ die Initiative „Senioren helfen Schülern. Schüler helfen Senioren“ gestartet. Hierbei helfen Senioren ehrenamtlich bei Schulaktivitäten, während Kinder



Fotos (5): Borrs

Strahlende Gesichter angesichts der Preisverleihung. Die Schirmherrin der Kampagne, Gesine Schwan (re.), sagte, die Ideen und Aktivitäten der Kampagne würden zeigen, dass ein solidarisches Miteinander die Gesellschaft stärke und dass Engagement auch für die Ehrenamtlichen selbst eine Bereicherung sei.



Eingraviert in den Preis sind die Kategorie und der Name der Preisträgerin: Den Einzelpreis erhielt Anne-Dörthe Lorenz (re.) aus den Händen der Kampagnen-Schirmherrin Gesine Schwan.



Zahlreiche haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie Gäste verfolgten die Verleihung der Gut tun – tut gut-Preise in der Bundesgeschäftsstelle des SoVD, unter ihnen auch der Bundesgeschäftsführer, Dr. Gerald Uhlich (Mitte).



Rita Wegg (re.) wurde von der Vorsitzenden der Jury, Marianne Saarholz, ausgezeichnet.



Im Rahmen der „Haltestelle-sponte-Nord“ unterstützen Christiane Suckow (Mitte) und Ina Adenstedt bedürftige Menschen im Raum Flensburg. Dafür gab es den Gruppenpreis 2008 der Kampagne Gut tun – tut gut, überreicht vom Präsidenten des Sozialverband Deutschland, Adolf Bauer.

Die Nominierungen

Leider konnten die Preise in den jeweiligen Kategorien jeweils nur einmal vergeben werden. Die Nominierten und ihre Projekte möchten wir Ihnen daher ebenfalls kurz vorstellen.

- **Winfried von Rutkowski (Einzelpreis)** leistet einen wertvollen Beitrag mit seiner „Hilfe zur Integration“ an einer Schule im Hamburger Stadtteil St. Pauli. Maßgeblich beteiligt sind die ehemaligen Profis des FC St. Pauli. Die Schule hat einen großen Ausländeranteil, weshalb es um so wichtiger ist, sich für deren Belange einzusetzen und eine Integration in unsere Gesellschaft voranzubringen.
- **Stefan Rapp (Einzelpreis)** hat sich schon als Kind die Gebärdensprache angeeignet, da seine Eltern gehörlos bzw. hörgeschädigt waren. Beim 22. Deutschen Gehörlosensportfest in Mannheim fungierte Stefan Rapp als „Dolmetscher“. Dadurch konnten sich die Gehörlosen mit dem Personal auf den Sportstätten ohne Probleme verständigen.
- **Hans Woinowsky (Einzelpreis)** engagiert sich in der Einrichtung „Betreutes Wohnen für Suchtmittelabhängige e.V. Haus Salomon“ in Pampow. Er bringt seine Erfahrung in die therapeutische Arbeit mit ein und gibt Hilfe bei der Bodenbearbeitung, der Ernte und dem Transport.
- **Rita Krüger-Bieberstein (Gruppenpreis)** hat vor anderthalb Jahren die Aktion „Sorgentelefon“ ins Leben gerufen. Im Kreisverband Berlin-Tiergarten konnten durch niederschwellige Lebensberatung und Hilfe bereits viele Menschen erreicht werden.
- **Inge Welter (Gruppenpreis)** aus Hannover leitet seit mehreren Jahren eine Rommé- und Canastagruppe. Diese trifft sich zweimal wöchentlich und bietet vielen einsamen Menschen eine fröhliche Runde. Im Rahmen dieser Gruppenarbeit übernimmt Inge Welter auch kleinere Besorgungen und ist überall zur Stelle, wo Hilfe nötig ist.

Treffen der Kampagnen-Botschafter

Zum zweiten Mal in diesem Jahr kamen Anfang September die Kampagnen-Botschafterinnen und -Botschafter aus ganz Deutschland in Berlin zusammen. Während der Tagung standen der Austausch und die Information über die vielfältigen Kampagnenaktivitäten in den einzelnen Landesverbänden im Vordergrund. Zusätzlich diskutierten die Botschafter über die Weiterentwicklung der Kampagne. Einhellige Einschätzung war, dass die SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut in den vergangenen zwei Jahren viel bewegt und zu einem positiven Bild des SoVD in der Öffentlichkeit beigetragen hat. Dabei sehen die Botschafter noch viel Potenzial für die Kampagne im Jahr 2009.



Engagiert für Gut tun – tut gut: Die Botschafterinnen und Botschafter.

Woche des bürgerschaftlichen Engagements

SoVD-Mitglieder zeigten sich aktiv

Vom 19. bis zum 28. September fand die Woche des bürgerschaftlichen Engagements statt. Bereits zum vierten Mal hatte das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) zur Beteiligung aufgerufen. Das Motto „Engagement macht stark!“ hatten sich auch zahlreiche Mitglieder des SoVD auf die Fahnen geschrieben.



Foto: Keller

Der Landesverband Berlin-Brandenburg warb auf der Verbrauchermesse AGREDA in Elsterwerda für bürgerschaftliches Engagement.



Auf dem Gesundheitstag im niedersächsischen Soltau präsentierte sich der ansässige Ortsverband mit einem bunt geschmückten Info-Stand.

11 000 Euro Nachzahlung

SoVD NRW erkämpft Rentenzahlung wegen Erwerbsunfähigkeit

Nur aufgrund des engagierten Einsatzes der Sozialberatungsstelle Mülheim (Ruhr)/Oberhausen kam Frau P. zu ihrer Erwerbsunfähigkeitsrente. Dem Sozialverband Deutschland verdankt sie die Anerkennung der vollen Erwerbsunfähigkeit und eine Nachzahlung in Höhe von 11 000 Euro.

Frau P. leidet seit Jahren an einer schmerzhaften Gelenkerkrankung, die eine massive Einschränkung der Bewegungsfähigkeit der rechten Hand zur Folge hat. Die 56-jährige ehemalige Laborantin ist Rechtshänderin. Ihre Hand kann sie nur noch zum Halten einsetzen – andere Arbeiten sind nahezu unmöglich, denn kleinste Berührungen verursachen

Landesverbandes NRW konnte Frau P. ihren Anspruch auf Rente wegen voller Erwerbsminderung bei der Deutschen Rentenversicherung durchsetzen. Sie erhielt eine Nachzahlung von über 11 000 Euro.

Im Februar 2005 beantragte Eduard Roncari vom Bezirksverband Mülheim (Ruhr)/Oberhausen bei der Deutschen Rentenversicherung für Frau P. zunächst die Weiterzahlung der Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit. Denn diese war bisher nur befristet gezahlt worden. Diese wurde von der Deutschen Rentenversicherung gewährt.

Da sich der Gesundheitszustand von Frau P. verschlechtert hatte, beantragte der SoVD die Rente auf volle Erwerbsminderung. Die Deutsche Rentenversicherung lehnte die Gewährung der vollen Erwerbsminderung ab. Begründung: Frau P. könne zwischenzeitlich zwar ihre Tätigkeit als Laborantin nicht mehr drei Stunden täglich ausüben. Aber sie könne eine andere, leichtere Tätigkeit annehmen, bei der sie täglich sechs Stunden arbeiten könne.

Die Mitglieder des Sozialverband Deutschland haben auch in diesem Jahr während der Woche des bürgerschaftlichen Engagements mit zahlreichen Aktivitäten die Wichtigkeit des Ehrenamtes unterstrichen. Alle Landesverbände des SoVD zeigten dabei großen Einsatz: In Hessen war man auf dem Ehrenamtsmarkt präsent, die Berliner und Brandenburger veranstalteten in der Hauptstadt einen Tag der offenen Tür, in Bayern gab es eine Veranstaltung in Kooperation mit der Ehrenamtsbeauftragten der Stadt Erlangen, und in der Hansestadt Bremen beging man ein Stadtteil- und Schulfest – von den unzähligen Info-Ständen anderer SoVD-Gliederungen ganz zu schweigen.

Ein besonderes Zeichen während der Woche des bürgerschaftlichen Engagements setzte die Aktion „20000 Postkarten für gute Taten“. Deutschlandweit wurden die Postkarten der Initiative Gut tun – tut gut kostenlos an den Informationsständen verteilt. „Mit den Postkarten wollen wir Menschen auf die Idee bringen, eine gute Tat zu tun“, sagte SoVD-Präsident Adolf Bauer. „Wir wollen Menschen zu mehr Hilfsbereitschaft anregen.“

Unter www.sovd.de kann das Kartenmotiv als elektronische Karte versendet werden. Wer anderen Menschen auf dem herkömmlichen Weg eine Freude bereiten möchte, kann seine Briefe mit einer besonderen Marke krönen. Die Deutsche Post würdigt das Ehrenamt mit einer 55-Cent-Sondermarke, erhältlich an den Schaltern der Postfilialen.

Der Bezirksverband Mülheim (Ruhr)/Oberhausen reichte gegen diesen Bescheid beim Sozialgericht

Duisburg Klage ein. SoVD-Sozialberater Eduard Roncari verwies auf verschiedene medizinische Gutachten, die belegten, dass

Frau P. nicht mehr erwerbsfähig ist.

Klagen und Widersprüche des SoVD, medizinische Gutachten und Ablehnungsbescheide der Rentenversicherungsanstalt wechselten sich ab. Dann aber führte der SoVD die Wende herbei: Ein weiteres medizinisches Gutachten belegte, dass bei Frau P. volle Erwerbsunfähigkeit vorliegt. Die Deutsche Rentenversicherung erkannte dies an. Frau P. erhielt nun auf unbestimmte Zeit eine Rente wegen voller Erwerbsminderung. Darüber hinaus erhielt sie für die Zeit ab 2005 eine Nachzahlung von mehr als 11 000 Euro. Die umfassende Fachkenntnis und die Beharrlichkeit des Sozialverband Deutschland haben dazu geführt, dass unser Mitglied Frau P. ihre berechtigten Ansprüche durchsetzen konnte.

Wir haben geholfen



Eduard Roncari von der Sozialberatungsstelle in Mülheim (Ruhr)/Oberhausen kämpfte für Frau P. vor dem Sozialgericht – mit Erfolg!

erhebliche Schmerzen. Mit Unterstützung der Sozialberatungsstelle in Mülheim (Ruhr)/Oberhausen des

Mitglieder werben Mitglieder – ein mitgliederstarker Sozialverband erreicht mehr!

Beitrittserklärung

(Bitte in Blockschrift ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen und per Post senden an: Sozialverband Deutschland e. V., Bundesverband, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin)

Name	Vorname
Straße	PLZ
Telefon	Ort
Geburtsdatum	E-Mail
SoVD Ortsverband	Eintritt in den SoVD am

Senden Sie mir die Mitgliederzeitung zu, durch:

Ortsverband Postversand

Monatsbeitrag:

Einzelbeitrag 5,00 Euro Partnerbeitrag 7,15 Euro

Familienbeitrag 9,00 Euro

Der Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar.

Einzugsermächtigung:

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Sozialverband Deutschland die laufenden Beiträge an dem jeweiligen Fälligkeitstermin zu Lasten meines Kontos bis auf Widerruf abbucht.

Abruf:

1/4-jährlich 1/2-jährlich

jährlich

ab

KontoinhaberIn

Konto

BLZ

Geldinstitut

Der Sozialverband Deutschland hat für seine Mitglieder einen Gruppenversicherungsvertrag abgeschlossen. Um die Vergünstigung des Gruppenversicherungsvertrages zu erhalten, bin ich damit einverstanden, dass hierfür mein Name, mein Geburtsjahr und die Anschrift an den Versicherer weitergegeben werden.

nein ja

Ich bin einverstanden, dass mein Name, Geburts- und Eintrittsdatum in Publikationen des SoVD aus Anlass meines Geburtstages und der Dauer meiner Mitgliedschaft veröffentlicht werden.

nein ja

Ort, Datum

Unterschrift

Die Kündigung der Mitgliedschaft ist nur mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalenderjahres möglich.

Geworben durch:

Bitte ausfüllen bei Partner- oder Familienbeitrag:

Name

1 Name und Geburtsdatum

Straße

2 Name und Geburtsdatum

PLZ, Ort

3 Name und Geburtsdatum

SoVD Ortsverband

4 Name und Geburtsdatum

Unterschrift (Bei einer Partnermitgliedschaft Unterschrift des Partners)

Jeder kennt einen, der zu uns gehört!

Seit fünf Jahren ist Adolf Bauer Präsident des SoVD – ein Porträt „Ich will noch viel bewegen“

Seit 1982 engagiert sich Adolf Bauer im SoVD. Sein sozialpolitisches Engagement begann er als junger Lehrer in der Gewerkschaft und in der SPD. Im Oktober 2003 wurde Adolf Bauer auf der Bundesverbandstagung in Berlin zum Präsidenten des SoVD gewählt.

Oldenburg im Jahr 1965: Ein junger Lehrer, der gerade sein Studium beendet hat, engagiert sich im Verband der oldenburgischen Lehrerinnen und Lehrer. Der Verband ist eine Keimzelle der späteren Lehrer-gewerkschaft GEW. Der junge Lehrer heißt Adolf Bauer. „Wir galten als die jungen Wilden“, schmunzelt der SoVD-Präsident.

Damals war die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft für Beamte noch ein Tabu. Die Lehrer kämpfen für Verbesserungen in den Schulen und für mehr Mitbestimmung. Dafür streiken sie Ende der 70er Jahre. Auch Adolf Bauer beteiligt sich aktiv, obwohl er als Beamter gar nicht streiken darf. „Wir haben uns das Recht zu streiken einfach genommen.“ Für die Teilnahme am Streik wurde der junge Lehrer gemäßregelt, ein Bußgeld gab es obendrein – aber davon ließ sich Bauer nicht beirren. „Wir haben damals viel erreicht, zum Beispiel kleinere Klassen.“

1969 tritt Bauer in die SPD ein. Es ist die Zeit von Willy Brandt. Es ist eine Zeit der Veränderungen, und Bauer will etwas verändern. Er engagiert sich in der Lokalpolitik und wird SPD-Ortsvorsitzender in Westerstede, einer niedersächsischen Kreisstadt mit 23.000 Einwohnern. Hier lebt er mit seiner Familie und unterrichtet an der Realschule. Eines der politischen Schlüsselerlebnisse ist der Protest gegen die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses.

Einer der Mitstreiter aus dieser Zeit ist Rolf Hornig, der Mann, der Bauer zum SoVD bringen sollte. Hornig ist

im SPD-Ortsverein und im SoVD-Ortsverband von Westerstede aktiv. Er ist als Kriegsbeschädigter aus dem Zweiten Weltkrieg zurückgekehrt und durch die Kriegserlebnisse zum Pazifisten geworden. Der Autor mehrerer Bücher wird später auch dem niedersächsischen Landtag angehören. Hornig nimmt Adolf Bauer 1982 mit zu einer SoVD-Vorstandssitzung. Die Verbandsziele soziale Gerechtigkeit und Solidarität sprechen Bauer an. „Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass es andere gibt, denen es nicht so gut geht“, sagt Adolf Bauer über seine damalige Motivation, in den SoVD einzutreten. Und auch die Ursprünge des SoVD als Verband der Kriegsoffer und Kriegshinterbliebenen finden einen Widerhall in der eigenen Familiengeschichte. Bauer ist Kriegswaise. Er ist gerade zwei Jahre alt, als der Vater 1942 beim Vormarsch in Russland fällt.

Schon kurz nach seinem Eintritt in den Verband wird Adolf Bauer Beisitzer im Ortsverband, 1988 wird er zum Vorsitzenden des SoVD-Ortsverbandes gewählt. Als Ortsvorsitzender nimmt er sich gerade in den Anfangsjahren viel Zeit, um Mitglieder bei besonderen Anlässen oder Kranke zuhause oder im Pflegeheim zu besuchen – so wie es im SoVD seit Jahrzehnten Tradition ist. Gemeinschaft und die gegenseitige Hilfe prägen die Arbeit in den Ortsverbänden. Es sind nicht immer leichte Besuche, aber Bauer macht die Erfahrung, wie wichtig dieses soziale Engagement ist. „Oft ist das Wichtigste, ein-

fach zuzuhören und da zu sein.“ Heute noch begleitet er manchmal Mitglieder bei der Beerdigung von Angehörigen. Wie viele im SoVD hilft er im Stillen. „Darüber redet man nicht groß.“

Krankheit und Tod sind einschneidende Lebenserfahrungen, das hat Adolf Bauer selbst erlebt. Seine Frau stirbt früh an Krebs. Der Witwer bleibt mit dem 16-jährigen Sohn und der 20-jährigen Tochter zurück.

Jahre später erkrankt er selbst schwer. Das Datum hat er noch genau im Kopf. Es ist der 29. November 2000. Er hat sich eine Herzmuskelentzündung zugezogen und wird mit dem Notarztwagen ins Krankenhaus gefahren. Zwei Monate später folgt ein stiller Herzinfarkt. Die Ärzte rechnen mit einer Genesungszeit von einem Jahr. Das ist der Schulbehörde zu lange, und die damit verbundene Planungsunsicherheit zu groß. Im Juni 2001 muss Adolf Bauer mit 61 Jahren aus dem Schuldienst ausscheiden, auch wenn ihm der Abschied vom Lehrerberuf schwer fällt.

Nach einer langen Genesungszeit übernimmt Bauer zwei Jahre später, im Frühjahr 2003, den Vorsitz des Landesverbandes Niedersachsen und wird im Oktober 2003 zum SoVD-Präsidenten gewählt. Er macht den Kampf gegen Sozialabbau und Rentenkürzungen zu seiner Aufgabe. Dabei ist ihm ein konstruktiver Ansatz



Foto: Foltynowicz

Adolf Bauer: Persönliche Erfahrungen brachten ihn zum SoVD, seit fünf Jahren engagiert er sich an der Spitze des Verbandes und kämpft für soziale Gerechtigkeit.

wichtig: „Wir sind nicht nur gegen etwas, sondern wir haben auch eigene, tragfähige Konzepte für die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme.“ Auch die Bündnisse des SoVD mit den Gewerkschaften hat Bauer ausgebaut.

Die wenige Freizeit, die noch bleibt, verbringt Bauer gerne mit seiner Familie. „Er ist ein Familienmensch“, sagt seine Lebensgefährtin Ursula Hülsen. Er liest gerne und viel, spielt Skat und hat Spaß an Gartenarbeit. Für sein Hobby Motorradfahren hat er so gut wie keine Zeit mehr, auch wenn seine 1100er BMW-Tourenmaschine startklar in der Garage steht.

Bauer ist viel unterwegs, in Berlin, in Niedersachsen und quer durch die ganze Republik. Auch kleine Kreis- oder Ortsverbände besucht er, wenn der Terminkalender es zulässt. Als

Lokalpolitiker ist er nach wie vor für die SPD im Rat von Westerstede aktiv. Hier sieht er genau, wie die Gesetze aus Berlin in der Realität wirken. Als Vorsitzender des SoVD Westerstede erlebt er, welche Folgen die Gesetze für die Menschen haben – eine gute Basis, um in politischen Gesprächen in Berlin auf Veränderungen zu drängen. Derzeit führt Bauer politische Gespräche über die Folgen des Gesundheitsfonds für die gesetzlich Krankenversicherten. Auch die Umsetzung der Pflegereform und der Kampf gegen die Rente mit 67 hat er fest im Blick. Außerdem wird sich der SoVD künftig verstärkt in die Behindertenpolitik einbringen und auch in der europäischen Sozialpolitik mitmischen. Für Bauer steht fest: „Ich will noch viel bewegen.“

Als SoVD-Präsident macht er den Kampf gegen Sozialabbau zu seiner Aufgabe

Wie viele im SoVD hilft Adolf Bauer im Stillen

Von Hannelore Buls,
Mitglied im
Ausschuss für Frauenpolitik
des SoVD-Bundesverbandes

Die beste Vorsorge für Frauen ist ein gut bezahlter Beruf

Die Konferenz befasste sich mit der Altersarmut bei Frauen auf der Grundlage der Studie der Deutschen Rentenversicherung „Altersvorsorge in Deutschland AVID 2005“, die Ende 2007 unter viel öffentlicher Beachtung herausgegeben wurde. Die Daten sind erschreckend. Frauen haben im Durchschnitt nur 61 Prozent der Renten der Männer. Über 50 Prozent der Rentnerinnen würden schon heute von der Grundsicherung leben, wenn ihre Altersarmut nicht durch die Einstandspflicht in der Partnerschaft, das sogenannte Haushaltseinkommen, verdeckt würde. In den neuen Bundesländern wird der Weg in die Grundsicherung mittelfristig von 36 Prozent der Frauen besritten. Diese „Anpassung“ lehnen die SoVD-Frauen ausdrücklich ab. Der Generationenvertrag in der Rente muss auch Frauen eine eigenständige und ausreichende Alterssicherung gewährleisten.

Armutrisiko Familienstand?

In der politischen Debatte gilt es als Risikofaktor, Kinder zu haben und alleinerziehend zu sein. Ein geringeres Armutrisiko hätten dagegen Paarhaushalte. Als Armutrisiko gilt folglich die fehlende Paarbeziehung! Diese „Lösung“ ist jedoch

Altersarmut hat viele Facetten und Ursachen. Sie ist, ebenso wie Armut von Kindern, mit Frauenarmut verknüpft und davon abhängig. Nur mit baldigen und wesentlichen Änderungen ist die Verschlimmerung der Altersarmut, die sich bereits jetzt abzeichnet, aufzuhalten. Diesen Schluss zogen die Teilnehmer der 4. Frauen-Alterssicherungskonferenz der ver.di-Frauen Ende August in Berlin.

ein Rückschritt, verweist sie Frauen doch erneut in die Versorgungslücke und lenkt davon ab, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und ein guter Verdienst vor Armut, insbesondere vor Altersarmut, schützen.

Ende des Ernährermodells anerkennen

Die abgeleitete Absicherung aus der Ehe trägt heute nicht mehr. Jede dritte Ehe wird heute geschieden, und Männer müssen mit ähnlichen Arbeitsmarktrisiken leben wie seit längerem bereits die Frauen. Wirkliche Gleichstellung bedeutet deshalb, dass auch Frauen, die in Partnerschaft leben, ihr Recht auf Eigenständigkeit einlösen können. Eigenständigkeit ist nicht nur ein Ziel für Alleinlebende und Alleinerziehende. Auch Frauen in Partnerschaft haben ein Recht auf leistungsgerechten Lohn und diskriminierungsfreie Bezahlung, mindestens aber einen für alle geltenden gesetzlichen Mindestlohn. Nicht der Familienstand und das Vorhandensein von Kindern sind Armutrisiken, sondern der Niedriglohn, der

fehlende Zugang zur sozialen Sicherung über den Arbeitsmarkt und die prekären Anstellungsbedingungen in den Betrieben. Die Lösung: Die Beschäftigungspolitik der Unter-

**Frauen im SoVD
Das Thema**

nehmen muss von „Zuverdienst“ auf Eigenständigkeit ausgerichtet werden.

Den gesetzlichen Rahmen individualisieren

Die Ausrichtung der Sozial- und Steuerpolitik am Personenstand schreibt das Ernährermodell immer noch weiter fort. So ist geringfügige Beschäftigung nur möglich, weil die Frauen in der Familienmitversicherung sind. Derzeit gibt es etwa sieben Millionen Minijobs, bei denen die Beschäftigten keine eigene

Krankenversicherung haben. Mit individuellen Rechten und Pflichten in der sozialen Sicherung hingegen würden Minijobs vermutlich nicht mehr in gleicher Weise reproduziert wie heute. Hartz-IV-Regelungen verschärfen das Risiko der Altersarmut zusätzlich, weil sie Arbeitslosen zutun, jede Beschäftigung zu jedem Lohn anzunehmen. Deshalb ist der Zukunftsweg eine Umsteuerung weg von der Bedarfsgemeinschaft in der Sozial- und Arbeitsmarktgesetzgebung, ebenso wie die Neuregelung der Einkommensteuerverteilung, dem sogenannten Ehegattensplitting, und den entsprechenden Steuerklassen, die den Frauen immer wieder suggerieren, dass ihre Erwerbstätigkeit sich weniger lohnen würde.

Einsparung auf Kosten der Frauen beenden

Die Konferenz stellte fest, dass die Arbeitgeber heute immer noch damit rechnen, dass sie an Frauen keinen existenzsichernden Lohn, sondern nur einen Zuverdienstlohn zahlen können. Die Kosten dafür

tragen andere: Die Frauen mit ihrer Altersarmut, die Versichertengemeinschaft in den Sozialversicherungen und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Demgegenüber sehen sich die Frauen, vor allem junge Frauen, selbst als gleichberechtigt. Sie wollen Beruf und Familie, und zwar für sich und ihre Partner. Dem müssen Politik und Arbeitgeber entsprechen! Die Beschäftigungspolitik von Arbeitgebern orientiert sich bei Frauen aber immer noch am Personenstand (versorgt/unversorgt) und lässt dies in die Lohnfindung einfließen.

Unter der Bedingung der Einkommens- und erwerbsabhängigen Alterssicherung, wie wir sie in Deutschland haben, gibt es nur einen nachhaltigen Weg, um Altersarmut zu vermeiden: Frauen müssen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt haben, einen hohen Anteil am Arbeitsvolumen (Vollzeit, hohe Teilzeit, keine geringfügige Beschäftigung) und der Verdienstunterschied von derzeit 24 Prozent muss beseitigt werden.



Bundesgesundheitsministerin sagt drei Milliarden Euro zu

Finanzierung der Krankenhäuser auf Kosten der Beitragszahler

Nötige Modernisierung, gestiegene Tariflöhne – auf die Kliniken in Deutschland kommen hohe Zusatzkosten zu. Um eine Verschlechterung der Qualität und den Abbau von Arbeitsplätzen zu verhindern, hat Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) eine Soforthilfe von drei Milliarden Euro zugesagt. Ungeklärt ist noch, wie weit sich im Gegenzug auch die Länder an der Klinikfinanzierung beteiligen. Bisher zumindest bleiben die Kosten an den Krankenkassen hängen, und die Zeche zahlen somit die Versicherten.

In Deutschland gibt es rund 2100 Krankenhäuser – zu viele nach Ansicht von Experten. Viele der Kliniken hängen zudem selbst am Tropf: Investitionen in medizinische Geräte und die Sanierung der Gebäude wurde zum Teil über Jahre hinweg verschleppt. In der Folge arbeiten viele Häuser unwirtschaftlich, müssen sich gar den Vorwurf des Missmanagements gefallen lassen. Als einziger Ausweg bleibt oft die Privatisierung von Einrichtungen. In diesem Fall werden Betriebe modernisiert, Arbeitsabläufe gestrafft und die Auslastung der Betten erhöht, damit sich die Behandlungskosten auch rentieren. Personalabbau ist in der Folge meist unvermeidlich. Auf den Punkt gebracht, bedeutet Privatisierung meist mehr Arbeit bei weniger Pflegekräften. Dennoch können kranke Menschen von diesen Maßnahmen auch profitieren. Ihnen kommt nicht nur die moderne Ausstattung zugute. In der Regel werden auch längere Wartezeiten

vermieden, da der Ablauf im Sinne der Effektivität besser aufeinander abgestimmt ist und die Verweildauer auf das Nötigste reduziert wird.

Was sind die Ursachen dieser Entwicklung? Grundsätzlich ist die Finanzierung der Krankenhäuser in Deutschland so geregelt, dass die Krankenkassen den laufenden Betrieb finanzieren, während die jeweiligen Bundesländer für den Erhalt der Gebäude zuständig sind.

Aufgrund von Einsparungen oder knapper Haushaltsmittel haben einzelne Länder nötige Investitionen jedoch verschleppt. Das wird heute zum Problem. Medizinische Geräte oder Immobilien, die vor drei Jahrzehnten hochmodern waren, kön-



Foto: aufrecht / photocase

Vieles an der Finanzierung deutscher Krankenhäuser ist ungleich verteilt: Während sich die Krankenkassen mit rund 50 Milliarden Euro jährlich beteiligen, leisten die Bundesländer nur einen Anteil von 2,7 Milliarden Euro.

nen heute allenfalls noch durch den Charme der 70er Jahre überzeugen. Dieses Manko hat auch die Politik erkannt.

Anfang September hatte Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt den Versuch unternommen, sich mit den Gesundheitsministern der Länder über nötige Zuschüsse im Krankenhausbereich zu einigen. Die unionsgeführten Länder wollten sich jedoch nicht auf die von

Schmidt geforderten Investitionspauschalen festlegen lassen. Nun hat die Ministerin unabhängig von ihren Länderkollegen den Krankenhäusern eine Finanzausgabe in Höhe von drei Milliarden Euro gemacht – zulasten der Krankenversicherung. Das Nachsehen könnten somit letztlich die gesetzlich Versicherten haben. Diese werden im Rahmen des Gesundheitsfonds ab 2009 ohnehin mit einem höheren Krankenversicherungsbeitrag konfrontiert, der nach Schätzungen bei über 15 Prozent liegen dürfte. Der von Ulla Schmidt zugesagte Milliardenzuschuss wird die Versicherten zusätzlich mit rund 0,3 Prozentpunkten ihres monatlichen Einkommens belasten.

Entscheidend aber ist, dass trotz dieser Finanzspritze auch nach Einführung des Gesundheitsfonds längst nicht alle Ausgaben der Kliniken abgedeckt sind. So beziffert die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) die gestiegenen Sach- und Personalkosten auf insgesamt rund 6,7 Milliarden Euro. Wie diese Finanzierungslücke geschlossen werden soll, ist weiterhin unklar. Den getroffenen Kompromiss bezeichnete die DKG daher als „nicht ausreichend“. Anstatt die Länder nach ihren Versäumnissen im Erhalt der Krankenhäuser stärker in die Pflicht zu nehmen, müssten nun Arbeitgeber und Versicherte nötige Investitionen über steigende Beiträge bezahlen.

Deutsche-Bahn-Konzernvorstand nimmt Pläne für Schaltergebühr komplett zurück

Verzicht auf Service-Zuschlag für Tickets am Fahrkartenschalter

Der Protest war erfolgreich: Die Deutsche Bahn hat die geplante Gebühr für den Kauf von Fahrkarten am Schalter fallengelassen. SoVD-Präsident Adolf Bauer hatte die Deutsche Bahn öffentlich und in einem Schreiben an Bahnchef Hartmut Mehdorn aufgefordert, ohne Wenn und Aber ganz auf die geplante Schaltergebühr zu verzichten. Auch Verbraucherschützer, Gewerkschafter und Politiker hatten massiv gegen die geplante Einführung einer Servicegebühr zum Fahrplanwechsel am 14. Dezember protestiert.

Dem Vorhaben der Deutschen Bahn zufolge sollten Kunden künftig einen sogenannten Servicezuschlag von 2,50 Euro für das Lösen von ICE- oder IC-Fahrscheinen am Schalter zahlen. Der Konzernvorstand kippte die Extragebühr nach einer Krisensitzung am 12. September. Gründe für die Rücknahme wurden nicht genannt. Offen gelassen wurde auch, ob die entgangenen Einnahmen auf anderem Wege eingetrieben werden sollen.

Zunächst hatte es so ausgesehen, als würde man den Deutsche-Bahn-Kunden trotz der vehementen Proteste nur einen kleinen Schritt entgegenkommen. So sollten zunächst nur Senioren mit Bahncard vom Bedienungszuschlag ausgenommen

werden; ebenso Menschen mit einem Behinderungsgrad von 50 Prozent. Ursprünglich hatte die Deutsche Bahn die Grenze sogar auf 70 Prozent festgelegt.

Adolf Bauer, Präsident des Sozialverband Deutschland, mahnte in seinem Schreiben, man dürfe „alte und sozial schwache Menschen nicht abzocken“. Der SoVD-Präsident kritisierte, dass die von Bahnchef Hartmut Mehdorn angedachten Ausnahmen von der Schaltergebühr nur einen Teil der Senioren und Behinderten betrafen und nicht ausreichten. „Gerade ältere und behinderte Menschen sind auf den Fahrkartenkauf am Schalter angewiesen. Ältere Menschen haben oft gar keinen Zugang zum Internet

und kommen mit den komplizierten Fahrkarten-Automaten nicht zurecht. Viele behinderte Menschen können die Fahrkarten-Automaten nicht nutzen, da sie nicht barrierefrei sind.“ Die Schalter-Gebühr sei eine unverträgliche soziale Härte für Rentner und Behinderte, die oft nur geringe Einkünfte hätten, so Bauer.

Für Bahnchef Mehdorn dürfte die Angelegenheit mit dem Schritt nicht erledigt sein. Nach dem Verzicht auf die Extragebühr am Schalter sind von vielen Seiten Rücktrittsaufforderungen geäußert worden. So sagte der Fahrgastverband Pro Bahn, Mehdorn habe „überhaupt kein Gespür mehr für die Bedürfnisse der Fahrgäste“. Er denke nur an „potenzielle Aktionäre“.

Was kommt auf die gesetzlich Versicherten zu?

Gespräch zu Entwicklungen in der Gesundheitspolitik

Der Gesundheitsfonds kommt und mit ihm der einheitliche Beitrag für alle gesetzlich Versicherten. Auf die rund 70 Millionen Versicherten kommen im nächsten Jahr möglicherweise aber noch höhere Belastungen zu, als bislang erwartet. Anlässlich der aktuellen gesundheitspolitischen Entwicklung traf sich SoVD-Präsident Adolf Bauer am 12. September mit Dr. Doris Pfeiffer, der Vorstandsvorsitzenden des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen (SpiBu). Bauer brachte dabei seine Sorge zum Ausdruck, dass durch den Gesundheitsfonds die Beitragslast für Patienten und Versicherte weiter steigen könnte. Darüber hinaus gab er zu bedenken, dass sich im Falle einer Unterfinanzierung des Fonds die Gesundheitsversorgung schlechtern werde.



Höhere Belastungen, schlechtere Versorgung? Adolf Bauer diskutierte mit Dr. Doris Pfeiffer die zu befürchtenden Folgen des Gesundheitsfonds.

Für die Bedenken des SoVD hatte Dr. Pfeiffer Verständnis. Gemeinsam war man der Auffassung, dass der allgemeine Beitragsatz zum 1. November so festgesetzt werden müsse, dass die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung im kommenden Jahr auch tatsächlich gedeckt werden.

SoVD empfiehlt Widerspruch

Anrechnung von Verpflegung auf ALG II nicht akzeptieren!

Der SoVD empfiehlt Mitgliedern, welche Arbeitslosengeld (ALG) II beziehen und denen aktuell Einkommen aus Verpflegung während eines Krankenhausaufenthaltes oder bei Verpflegung im elterlichen Haushalt angerechnet wird, hiergegen Widerspruch einzulegen. Denn es ist in der Rechtsprechung noch nicht geklärt, ob die neu geschaffene Rechtsgrundlage (§ 2 Abs. 5 der Arbeitslosengeld-II-Verordnung) zur Anrechnung von Verpflegung als Einkommen rechtmäßig ist.

Zwar regelt die ALG-II-Verordnung mit Wirkung zum 1. Januar 2008, dass bereitgestellte Vollverpflegung in Höhe von 35 Prozent der Regelleistung bzw. anteilig anzurechnen ist, soweit hierbei die derzeit bei 83 Euro liegende Belastungsgrenze überschritten wird, und wenn nach Abzug der üblichen Einkommensabsetzungen (so auch der Versicherungspauschale von 30 Euro) ein anrechenbarer Anteil verbleibt. Jedoch hat bereits das Bundessozialgericht in seinen Entscheidungen vom 18. Juni (AZ: B 14 AS 22/07 R und B 14 AS 46/07 R) Bedenken zur Rechtmäßigkeit dieser Neuregelung der ALG-II-Verordnung geäußert, auch wenn es in den genannten Entscheidungen nicht über die neue Rechtslage zu entscheiden hatte.

Auch existiert bereits Rechtsprechung, die die Rechtmäßigkeit dieser Neuregelung verneint (LSG NRW vom 3. Dezember 2007, AZ: L 20 AS 2/07; SG Berlin vom 24. Januar, AZ: S 116 AS 17528/07; LSG NSB vom 25. Februar 2008, AZ: L 9 AS 839/07 ER; VG Bremen vom 22. Mai 2008, AZ: S 3 V 1393/08). In den genannten Gerichtsentscheidungen wird ausgeführt, dass die Neuregelung nicht ermächtigungskonform und daher rechtswidrig sei. Da es sich hierbei um Einzelfallentscheidungen handelt, muss bis zu einer eventuellen Rechtsänderung jeder Betroffene selbst versuchen, die Nichtanrechnung für sich zu erstreiten. hb

Gleichbehandlungsgesetz: SoVD zieht positive Bilanz

Vor zwei Jahren ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft getreten. Es verbietet die Diskriminierung im Berufs- und Geschäftsleben wegen der Rasse, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, einer Behinderung, des Alters und weiterer personenbezogener Merkmale. Das Gesetz, das mehrere EU-Richtlinien – darunter die sogenannte Antirassismusrichtlinie – in deutsches Recht umsetzt, wurde bei seiner Einführung von Teilen der deutschen Wirtschaft heftig kritisiert. Zu Unrecht, wie sich jetzt herausstellte.

Wie eine im August vorgestellte Analyse des Bundesfamilienministeriums ergab, belastet das AGG die Wirtschaft weniger als zunächst befürchtet. Dazu erklärte SoVD-Präsident Adolf Bauer im Namen des Verbandes, die Horrorszenerarien, mit denen die Wirtschaft Stimmung gegen den verbesserten Diskriminierungsschutz gemacht hat, seien nicht eingetroffen. Es habe keine Klageflut gegeben. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz habe laut Bauer vielmehr einen Bewusstseinswandel eingeleitet. Unternehmen hätten sich verstärkt mit Diskriminierungsschutz auseinandergesetzt. Das gesellschaftliche Bewusstsein, dass niemand diskriminiert werden dürfe, sei gestärkt worden.

Frauensprecherin Edda Schliepack zu Gast im Bayerischen Staatsministerium

Lohnungleichheit für Frauen und Männer endlich herbeiführen!

Anfang September besuchte die Sprecherin der Frauen im SoVD-Bundesverband, Edda Schliepack, das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen in München.

Edda Schliepack führte ein Gespräch mit der Ministerialrätin Petra Rück-Wallenberger (Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern), Dr. Astrid Lang (Bayerischer Landesfrauen-ausschusses) und Ministerialrat Dr. Rolf Baumann (Leiter des Referats Rehabilitation und Teilhabe). Diskutiert wurde unter anderem über die Fachberatungsstellen für Frauen mit und ohne Behinderung sowie über die Lohnungleichheit. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist eine der ältesten frauenpolitischen Forderungen, die weiterhin nicht eingelöst ist. Um bei der Entgeltungleichheit vorwärts zu kommen, müsse vor allem in der Wirtschaft, bei den Unternehmen, aber auch in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für den Handlungsbedarf wachsen, so der gemeinsame Tenor.



Das Foto zeigt (von links): Dr. Astrid Lang, Geschäftsführerin des Bayerischen Landesfrauen-ausschusses, SoVD-Frauensprecherin Edda Schliepack und Ministerialrätin Petra Rück-Wallenberger, Leiterin der Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern.

EU-Verordnung sichert Erleichterungen zu

Entspannter Flug trotz Behinderung

Seit Mitte des Jahres haben Flugreisende mit Behinderung bzw. Mobilitätseinschränkung in allen Mitgliedsstaaten der EU erweiterte Rechte. Die Verordnung Nr. 1107/2006 enthält Vorschriften zum Schutz und zur Hilfeleistung für Menschen mit Handicap, die sie vor Diskriminierung schützen und sicherstellen sollen, dass sie Hilfe auf Flughäfen erhalten.

Die Urlaubszeit ist vorbei. Dank einer neuen EU-Verordnung dürfte die diesjährige Sommerreise für Menschen mit Behinderung um einiges entspannter verlaufen sein. Bereits seit dem vergangenen Jahr dürfen Luftfahrt- oder Reiseunternehmen entsprechend der gültigen Regelungen zur Beförderungs- und Informationspflicht keine Buchung eines behinderten Fluggastes ablehnen – es sei denn, die Anbordnahme widerspricht den geltenden Sicherheitsanforderungen.

Die neue Verordnung der Europäischen Union sieht nun zusätzlich vor, dass Fluggesellschaft und Reiseveranstalter den Hilfebedarf von Flugreisenden mit eingeschränkter Mobilität zeitnah an die zuständigen Leitungsorgane des jeweiligen Abflug-, Ziel- und Transitflughafens sowie an die Fluggesellschaft weiterleiten. Zudem haben behinderte Reisende einen rechtlichen Anspruch auf bestimmte kostenlose Hilfeleistungen. Dazu gehört etwa eine angemessene Unterstützung auf den Wegen inner- und außerhalb des Flughafens, bei der Gepäck-

aufgabe oder dem Verstauen des Handgepäcks. Darüber hinaus sind die Fluggesellschaften verpflichtet, Rollstühle kostenlos mitzunehmen.

Um die Durchsetzung dieser Verordnung zu gewährleisten, muss jeder EU-Staat eine zuständige Stelle benennen. In Deutschland ist hierfür zunächst der Flughafen bzw. das Luftfahrtunternehmen der richtige Ansprechpartner. Als nächste Instanz kann eine Beschwerde beim Luftfahrtbundesamt in Braunschweig, Tel.: 0531/235 51 00 eingereicht werden.

Konsequenzen für Kleinanleger, Steuerzahler und die Wirtschaft

US-Finanzkrise: Auch Deutschland wird in den Strudel gezogen

Die US-Finanzkrise – insbesondere die sogenannte Lehman-Pleite – war im September das beherrschende Thema in den deutschen Medien. Zunächst machte die Krise vor allem wegen ihrer schieren Dimensionen Schlagzeilen, dann wegen ihrer Auswirkung auf die internationalen Finanzmärkte und die Weltwirtschaft.

Der Tropfen, der das sprichwörtliche Fass zum Überlaufen brachte, war die Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers. Nach sagenhaften 3,9 Milliarden Dollar Verlust im dritten Quartal 2008 war die Bank nicht mehr zu retten.

Unmittelbare Folge der Lehman-Insolvenz: Weltweit brachen die Aktienkurse ein, Kleinanleger mussten zusehen, wie ihre Fonds – die womöglich auch als Altersvorsorge gedacht waren – immer weniger wert wurden.

Auch der deutsche Steuerzahler wird bluten müssen: Bis zu 1,8 Milliarden Euro – so fürchtet Carsten Schneider, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, – könnte ihn die Krise kosten. So zahlt er zum Beispiel nicht zuletzt „dank“ einer schier unbegreifbaren Panne bei der staatlichen KfW-Bankengruppe: Am Tag der Lehman-Pleite hatten die Verantwortlichen der staatlichen Förderbank KfW – sie gehört zu 80 Prozent dem Bund und zu 20 Prozent den Ländern – der US-Bank einen Betrag von über 300 Millionen Euro überwiesen.

In der Politik rief die millionenschwere Panne Bestürzung hervor. Gregor Gysi, Fraktionschef der Linken im Deutschen Bundestag, soll mit Bezug auf die verlorenen Millionen und die Manager der KfW-Bankengruppe gesagt haben: „Futsch sind sie. Tolle Experten, die da sitzen.“ Besonders groß war die Empörung im Bundesfinanzministerium. Ein

Sprecher von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) bezeichnete den Vorfall als „mehr als verwunderlich und ärgerlich“ und drohte Konsequenzen an.

Diese gab es dann tatsächlich. Nach einer Sitzung des Verwaltungsrates der Bank teilte Wirtschaftsminister Glos mit, dass zwei Vorstände der Bank und ein Bereichsleiter den Hut nehmen müssten. Ob und inwieweit sie auch haftungsrechtlich für den verursachten Schaden einstehen müssen, war zunächst offen.

Die US-Regierung hat inzwischen ein milliardenschweres Rettungspaket aufgelegt und ankündigt, bei anderen Regierungen – also auch der deutschen – „aggressiv“ um Unterstützung zu werben. In Deutschland stoßen diese Pläne allerdings auf große Skepsis. Bundeskanzlerin Angela Merkel kritisierte die US-Regierung sogar ungewohnt deutlich und warf ihr Mitschuld an der weltweiten Krise vor.

Kein Geld für Schulbücher?

Eltern und Hartz IV: Tipps zum Schulanfang

Eltern, welche Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe beziehen, können in den meisten Bundesländern – soweit die Schulbücher nicht bereits unentgeltlich von der Schule zur Verfügung gestellt werden – einen Antrag auf Befreiung von den Anschaffungskosten bzw. von der Entrichtung eines Eigenanteils oder einer Ausleihgebühr für die Schulbücher an einer öffentlichen Schule stellen (vergleiche für Berlin: § 50 Abs. 2 Satz 2 Schulgesetz Berlin i. V. m. § 3 Abs. 2 Nr. 2 Lernmittelverordnung; in Brandenburg: § 111 Abs. 3 Brandenburgisches Schulgesetz i. V. m. § 12 Abs. 1 Nr. 2 und 3 Lernmittelverordnung Brandenburg). Die Eltern sollten sich hierzu bei ihrer Schule erkundigen.

Verlangt die Schule jedoch ein Schulgeld, so ist dies selbst zu tragen. Es besteht keine Rechtsgrundlage, dies vom Träger des Arbeitslosengeldes II bzw. der Sozialhilfe erstattet zu bekommen. Bezieht der Auszubildende jedoch BAföG oder Berufsausbildungsbeihilfe (BAB), besteht die Möglichkeit, das Schulgeld hiervon abzusetzen, da es sich insoweit beim BAföG wie auch bei der BAB nach der inzwischen herrschenden landesgerichtlichen Rechtsprechung um eine zweckgebundene Leistung handelt.

Ebenso gibt es keine Rechtsgrundlage zur Übernahme der Kosten für das Schulesen beim Bezug von Arbeitslosengeld II – so das Bundessozialgericht mit Urteil vom 25. Juni 2008 (B 11b AS 19/07 R).

Einen Lichtblick gibt es dennoch: Zum 1. Oktober wurde der Kinderzuschuss neu geregelt. Der Kreis der Berechtigten wird ausgedehnt, indem das Einkommen, welches die Eltern beziehen dürfen (Arbeitsentgelt, Krankengeld etc.), auf brutto 900 Euro (Alleinerziehende: 600 Euro) heraufgesetzt wurde. Es kann jedoch nur entweder der Kinderzuschuss oder das Arbeitslosengeld II bezogen werden. Nähere Informationen zum Kinderzuschuss können bei der Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit eingeholt werden, Tel.: 01801/54 63 37 (8 bis 18 Uhr).



Foto: Leibler / dpa

are

Anzeige

Speziell für Sie: **7% Spar-Vorteil** auf alle Bestellungen!



Gratis! Gleich Katalog anfordern

Nutzen Sie als Mitglied des SoVD den besonderen Einkaufsvorteil: **7% Sofortabzug** auf alle Bestellungen bei Schwab.

Fordern Sie gleich den neuen Schwab Herbst/Winter-Katalog an. Überzeugen Sie sich von unserem vielfältigen Angebot für die ganze Familie mit topaktuellen Mode-Trends, neuesten Deko- und Einrichtungsideen und brandheißen Technik-Artikeln.

Ihren Kataloganforderungs-Coupon finden Sie unten.

Mitmachen und gewinnen!

Tolles Gewinnspiel!

Schwab verlost unter allen Einsendern des Coupons

3 Funkwetterstationen

TFA „Gallileo“, satellitengestützt. Regionale Wetterprognose für 50 verschiedenen Gebiete in Deutschland. Uhrzeit mit Weckalarm und Datum.



Teilnahmebedingungen: Mitmachen kann jeder, ausgenommen Mitarbeiter des Schwab Versand. Die Teilnahme ist nicht von einer Bestellung abhängig. Eine gleichzeitige Bestellung beeinflusst die Gewinnchance nicht. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Eine Barauszahlung des Gewinns ist nicht möglich. Einsendeschluss: 15.11.2008

Gratis Kataloganforderung & Gewinnspiel

Bitte abtrennen und einsenden an: Schwab Versand GmbH, Kinzigheimer Weg 6, 63450 Hanau

Ja, ich fordere gratis den neuen Schwab Herbst/Winter-Katalog an und nehme am Gewinnspiel teil.

Name, Vorname
 Straße, Nummer
 PLZ, Wohnort
 Kunden-Nr., falls vorhanden
 Datum/Unterschrift
 (Mit meiner Unterschrift bestätige ich mein echtes Interesse)

10/08 WK 0266

Geld anlegen in Krisenzeiten?

Niels Nauhauser, Finanzexperte der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg, und Hermann-Josef Tenhagen, Chefredakteur der Zeitschrift Finanztest, raten in einem Beitrag der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung zu Tages- und Festgeld bzw. Sparbriefen.

Einrichtung der SoVD Lebenshilfe gGmbH existiert seit 25 Jahren

Jubiläum der Werkstatt für behinderte Menschen

Die Werkstatt für behinderte Menschen der SoVD Lebenshilfe gGmbH in Witten feierte Ende September ihr 25-jähriges Bestehen. Zu den Feierlichkeiten der gemeinnützigen Gesellschaft war als Festredner auch SoVD-Präsident Adolf Bauer angereist. Zu den weiteren Gästen gehörten neben dem Vorstandsvorsitzenden der Lebenshilfe Witten, Prof. Dr. Günther Boheim, auch die Bürgermeisterin der Stadt Witten, Sonja Leidemann, sowie der Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises, Dr. Arnim Brux.

Die Werkstatt der SoVD Lebenshilfe in Witten bietet Menschen mit Behinderung einzigartige Chancen: Im Rahmen der beruflichen Rehabilitation ermöglicht sie die Förderung in verschiedenen Bereichen, u. a. in Holz und Metall, Verpackung, Garten- und Landschaftsbau und Floristik. Insgesamt beschäftigt die Einrichtung zurzeit rund 300 behinderte Menschen. Ende September feierte die Werkstatt ein besonderes Jubiläum: Seit 25 Jahren gibt sie Menschen, die nicht an dem allgemeinen Arbeitsmarkt teilhaben können, eine berufliche Perspektive und vermittelt ihnen damit Selbstbewusstsein und das Gefühl, gebraucht zu werden.

Anlässlich der Festveranstaltung waren sich alle Anwesenden darin einig, dass die in Witten geleistete Arbeit notwendig und unerlässlich ist für die berufliche Rehabilitation von Menschen mit Behinderung. Die dortige Werkstatt ist für Menschen mit einem hohen Unterstützungsbedarf oft die einzige Möglichkeit, einer tagesstrukturierenden Betätigung nachzugehen. Sie steht damit für ein erfolgreiches Modell, welches zeigt, dass Rehabilitation und Teil-

habe am Leben der Gesellschaft für Menschen mit Behinderung möglich und durchsetzbar sind.

In seiner Ansprache wies der Präsident des Sozialverband Deutschland, Adolf Bauer, darauf hin, dass der allgemeine Arbeitsmarkt in vielen Fällen immer noch keine hinreichenden Beschäftigungsmöglichkeiten bietet – zumal viele Arbeitgeber lieber eine Ausgleichsabgabe zahlen, als Menschen mit Behinderung zu beschäftigen. In der Wittener Einrichtung gebe es dagegen eine enge Zusammenarbeit mit industriennahen Bereichen sowie mit Integrationsprojekten. Zwar bleibe für viele Menschen mit Behinderung die Werkstatt der einzige Ort, an dem sie einer für sie passenden Beschäftigung nachgehen können, so Bauer weiter. Insgesamt sei die Werkstatt aber dennoch beispielhaft für eine erfolgreiche Integration von Menschen auch mit schweren und schwersten Behinderungen in das Arbeitsleben.

Wie unentbehrlich die Werkstatt im Alltag ist, lässt sich anhand ihrer 25-jährigen Geschichte nachvollziehen: Aus ursprünglich 38 Plätzen sind mittlerweile 155 Be-

treuungs- und Arbeitsplätze in den verschiedensten Produktions- und Dienstleistungsbranchen entstanden. Diese werden kontinuierlich erweitert und neu gestaltet. So wurde im Rahmen der Jubiläumsfeier auch der Spatenstich zur Erweiterung des Förderbereiches für schwerstmehrfachbehinderte Menschen getan. Mit dem Neubau soll das Angebot für Schwerstbehinderte weiter differenziert werden. So sind allein 20 neu geschaffene Plätze für die Betreuung speziell verhaltensauffälliger oder autistischer Menschen ausgelegt.

Im Anschluss an die Festveranstaltung bot ein Tag der offenen Tür mit Arbeitsvorführungen den Anwesenden einen Einblick in die Arbeitswelt von Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen. Auf den Stellenwert der in Witten geleisteten Arbeit wies Adolf Bauer noch einmal ausdrücklich hin: „Werkstätten für behinderte Menschen sind Teil eines sozialstaatlichen Kerngedankens: Menschen mit Behinderung ein möglichst selbstbestimmtes und erfülltes Leben zu gewährleisten. Und dieser Kerngedanke muss erhalten und



Spatenstich mit prominenter Unterstützung: Der für den Umbau zuständige Architekt, Guido Krapp, Prof. Dr. Günther Boheim, Adolf Bauer und der Geschäftsführer der SoVD-Lebenshilfe, Dr. Dieter König, legten bereitwillig mit Hand an.

weiterentwickelt werden.“ Auch die Politik nahm der SoVD-Präsident in die Pflicht: Es dürfe nicht, wie in der Vergangenheit oft geschehen, bei denen gespart werden, die auf Unterstützung und Solidarität unserer Gesellschaft am dringendsten angewiesen sind. Gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft,

Chancengleichheit und Integration seien die Basis des Sozialstaates. Der Sozialverband Deutschland werde sich auch als Gesellschafter der Wittener Werkstatt weiter für die betroffenen Menschen einsetzen und seine Stimme erheben, damit diese die nötige Unterstützung bekommen.

Podiumsdiskussion der integ-Jugend

„Eine Schule für alle! – Schluss mit der Selektion!“

„Eine Schule für alle! Schluss mit der Selektion!“ – unter diesem provokanten Motto fand am 18. September eine Podiumsdiskussion der integ-Jugend im Hans-Fiedler-Haus statt. Nach dem sich der SoVD-Nachwuchs im vergangenen Jahr dem Thema Kinderarmut gewidmet hatte, wurden diesmal Vertreter aus Politik und Verbänden zum Thema Bildungsgerechtigkeit eingeladen. Natürlich ging es der integ-Jugend auch um die Frage der besseren Integration von jungen Menschen mit Behinderung in die Regelschulen.

Als Teilnehmer gewonnen werden konnten Kathrin Wienczek (Vorsitzende des Philologenverbandes Berlin/Brandenburg), Ralf Höschele (stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos), Siegfried Arnz (Oberschulrat und Hauptschulreferent der Berliner Senatsverwaltung für Bildung) sowie Sascha Steuer (bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus). Neben dem Moderator Oliver Rehlinger vom

Nachrichtendienst des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb) nahm auch Nico Hamkens, Bundesvorsitzender der integ-Jugend, an der Diskussion teil.

Hamkens stellte anfangs die Position der integ-Jugend zur Bildungspolitik aus dem Jugendpolitischen Programm dar, welche bereits auf der Bundesjugendkonferenz im Mai thematisiert wurde. Die Integration, also die Einbindung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung

in die Regelschulen, ist für die integ das vordringlichste Ziel. Aber auch die Schaffung eines flächendeckenden Angebots von Ganztagschulen und die bessere Ausstattung der Schulen sind aus Sicht der integ zwingend erforderlich, wenn der Anteil von Schulabgängern ohne Schulabschluss gesenkt und der Anteil der hochwertigen Schulabschlüsse gesteigert werden soll.

Genau in dieser Zielsetzung zur Verbesserung der Qualität an den Schulen und zur Senkung der Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Podium einig. Nur über den Weg dahin gingen die Meinungen auseinander.

Kathrin Wienczek und Sascha Steuer zeigten sich von einem gegliederten Schulsystem überzeugt, da ihrer Ansicht nach nur so die unterschiedlichen Fähigkeiten der Schülerin-

nen und Schüler richtig gefördert werden könnten. Dagegen verteidigte Oberschulrat Siegfried Arnz den in Berlin eingeschlagenen Weg zur Gemeinschaftsschule. Diese neue Schulform soll als Zusammenschluss von Haupt- und Realschulen neben den Gymnasien als weiterführende Schule etabliert werden. Ralf Höschele und Nico Hamkens begrüßten diese neue Schule als Schritt in die richtige Richtung. Einschränkend sagte Hamkens: „Dennoch besteht die Gefahr, dass die Gemeinschaftsschule den Makel der Hauptschulen als ‚Restschule‘ übernehmen könnte, solange die Gymnasien parallel existieren.“

Im Anschluss an die Diskussion machten die Gäste regen Gebrauch von der Möglichkeit, Fragen zu stellen. Das fachkundige Publikum gab noch einige interessante Hinweise zur Diskussion, bevor die Veranstaltung bei einem Imbiss und angeregten Gesprächen in kleinen Gruppen ihren Ausklang fand.

Am Samstag, 25. Oktober, wird sich die integ-Jugend im Rahmen einer Fachtagung noch einmal mit dem Thema beschäftigen. Nähere Informationen zum Inhalt wie auch zur Anmeldung erhalten Sie über das Jugendreferat in der Bundesgeschäftsstelle, Tel.: 030/726222127 oder per E-Mail: integ@sovd.de.



Foto: Schlemmer

„Eine Schule für alle!“ Die Podiumsdiskussion der integ war prominent besetzt. Die Teilnehmer (von li.): Nico Hamkens, Ralf Höschele, Siegfried Arnz, Kathrin Wienczek, Sascha Steuer und der Moderator Oliver Rehlinger.

14 Gold-, 25 Silber- und 20 Bronzemedailles

Deutsche Athleten erfolgreich bei den Paralympics in Peking

Vom 6. bis 17. September wurden die 13. Sommer-Paralympics in der chinesischen Hauptstadt Peking ausgetragen. 4124 Athleten aus 148 Ländern nahmen teil und traten in 20 Sportarten gegeneinander an. Conny Dietz – sie spielt Goalball, eine Ballsportart für blinde und sehbehinderte Menschen – hatte die Mannschaft bei der Eröffnung ins Stadion geführt. Der 55-jährigen Berlinerin Marianne Buggenhagen wurde die Ehre zuteil, bei der Abschlussfeier die deutsche Fahne zu tragen.

Die Paralympics sind die Olympischen Spiele für Menschen mit körperlicher Behinderung. Sie finden traditionell im Anschluss an die Olympischen Sommerspiele statt. Der Vertrag der Austragungsländer mit dem IOC legt fest, dass die Paralympics denselben Austragungsort wie die Olympischen Spiele haben. Insgesamt können die deutschen Athleten eine beachtliche Erfolgsbilanz aufweisen: Sie gewannen 14 Gold-, 25 Silber- und 20 Bronzemedailles und belegten damit Rang 11 im Medaillenspiegel. Die gewonnenen 59 Plaketten bedeuteten zahlenmäßig sogar die siebtbeste Ausbeute.

„Das ist meine zweite Goldmedaille“, sagte Marianne Buggenhagen,



Marianne Buggenhagen

als ihr die Nachricht überbracht wurde, dass sie bei der Abschlussfeier die deutsche Fahne tragen würde. Die 55-jährige Berlinerin beendete

in Peking mit ihrer Goldmedaille im Diskuswerfen und einer Bronzemedaille im Kugelstoßen ihre leistungssportliche Karriere. „Jetzt trage ich die Fahne aus dem Stadion und dann ist es vorbei. Ich freue mich drauf“, sagte die erfolgreichste deutsche Leichtathletin, die seit ihrem 23. Lebensjahr im Rollstuhl sitzt, geführt.

Marianne Buggenhagen arbeitet als Sozialarbeiterin in einer Berliner Klinik für Querschnittgelähmte. Ihren Namen tragen zwei Körperbehindertenschulen. Sie gewann insgesamt neun Goldmedaillen bei fünf Teilnahmen an den Paralympics. Sie hält drei Weltrekorde (im Kugelstoßen, im Diskuswerfen und im Mehrkampf). Sie war Weltmeisterin sowie Europameisterin und errang insgesamt über 120 nationale Titel.

Wie erwartet dominierte Gastgeber China die 13. Paralympics: Die Chinesen holten insgesamt 89 mal Gold – mehr als doppelt so viel wie die zweiterfolgreichste Nation Großbritannien (42). Insgesamt gewann China bei 472 Entscheidungen 211 Medaillen (70 mal Silber, 52 mal Bronze) – auch in dieser Hinsicht mehr als doppelt so viel wie die Briten (102). 76 der 148 Teilnehmer-Länder gewannen mindestens eine Medaille, das heißt, mehr als die Hälfte der Länder errang Plaketten.



Foto: Baker / AP

Auszug der Fahnenträger aller teilnehmenden Nationen aus dem Stadion: Mit einer farbenfrohen Feier gingen die 13. Paralympics in Peking zu Ende.

SoVD-Mitglieder sparen bis zu 30 Prozent

„Qi – eine Palast-Phantasie“ im Berliner Friedrichstadtpalast

Qi, gesprochen: „Kie“, das ist Weltklasse im doppelten Sinne. Eingebunden in einen mitreißenden Strudel aus Farben, Kostümen und Musik erleben Sie mit zahlreichen Preisen überhäufte Show-Nummern aus aller

Am 9. Oktober ist es soweit: Die Revue „Qi – eine Palast-Phantasie“ feiert im Berliner Friedrichstadtpalast ihre Weltpremiere und prä-

sentierte den Besucherinnen und Besuchern in einem unglaublichen Tempo eine Superlative der Show-Welt. Durch die enorme Vielfalt

Welt. Die größte fahrbare Eisfläche der Welt, die größte Flugtrapez-Artistik der Welt, die längste Girlreihe der Welt, die größte Theaterbühne der Welt – die Bühne des Friedrichstadtpalastes ist hierfür gerade groß genug.

der Showbestandteile erleben Sie insgesamt 15 verschiedene Shows in einer einzigen. Ein mitreißendes Show-Gewitter aus hinreißenden

weiblichen und männlichen Körpern, kraftvollen Tanz- und Ballettnummern, energiegeladener Musik und unglaublichen artistischen Glanzleistungen erwartet Sie – eingebettet in eine verschwenderische Ästhetik aus Kostümen und Kulissen.

Showunterhaltung in dieser Form erleben Sie nur im Friedrichstadtpalast. Diese Palast-Show ist ein Highlight für jeden Berliner und ein Muss für jeden Berlin-Besucher. Willkommen in der phantastischen Welt von Qi!

SoVD-Mitglieder haben die Möglichkeit Tickets zu einem Vorzugspreis zu buchen. Ordern Sie Ihre Tickets bis zum 31. Oktober 2008 und sparen Sie 30 Prozent in den Preiskategorien 1 bis 4! Das Angebot ist gültig für alle Vorstellungen bis zum 30. Dezember 2008.

Bestellen Sie Ihre Tickets einfach telefonisch unter 030/23 26 23 26. Nennen Sie dabei für den Erhalt der Ermäßigung das Stichwort „Sozialverband Deutschland“.



Foto: DAVIDS

SoVD-Bundesgeschäftsführer Dr. Gerald Uhlich (re.) und Dr. Bernd Schmidt, Geschäftsführer des Friedrichstadtpalastes, haben die Kooperation zwischen SoVD und Friedrichstadtpalast besiegelt.



Für „Qi – eine Palast-Phantasie“ erhalten SoVD-Mitglieder Eintrittskarten zu Sonderpreisen.



Die SPD-Bundestagsabgeordnete Silvia Schmidt (5. von li.), organisierte ein Ferienlager für sozial benachteiligte Kinder. Anwesend war auch SoVD-Vizepräsidentin Marianne Saarholz (4. von li.) sowie mehrere regionale Unterstützer des Feriencamps. Marianne Saarholz hielt für die Kinder noch eine kleine Überraschung parat: Sie spendierte jedem von ihnen ein Eis.

meravis unterstützt benachteiligte Kinder mit einem Feriencamp

Bereits zum zweiten Mal hat die Bundestagsabgeordnete Silvia Schmidt (SPD) ein Feriencamp für Kinder aus sozial benachteiligten Familien in Sachsen-Anhalt organisiert. Der zehntägige Aufenthalt in Wippra und Grillenberg wurde komplett über Spenden finanziert. Die Teilnahme am Camp war somit für die Kinder kostenlos. Die SoVD-eigene Wohnungsbaugesellschaft meravis förderte das Projekt mit insgesamt 1000 Euro.

Die Kinder wohnten während ihres Aufenthaltes in den Ferienhäusern des Umwelt- und Naturschutzvereins Sachsen-Anhalt in Wippra und Grillenberg. Die soziale Kompetenz der Ferienkinder und ihre Eigenständigkeit wurden unter anderem durch Gruppenarbeit und Einzelbetreuung gefördert.

Ein besonderes Erlebnis im Feriencamp war ein gemeinsam gestalteter Freizeittag: Die Kinder beider Camps trafen sich in Wippra und verbrachten dort einen ganzen Tag miteinander. Eine Disco, Geschicklichkeitsspiele und Grillen am Mittag machten den Tag zu einem einzigartigen Ereignis.

Unter den geladenen Gästen befand sich neben den zahlreichen regionalen Sponsoren auch SoVD-Vizepräsidentin Marianne Saarholz. Sie ließ sich für die Kinder etwas Besonderes einfallen und spendierte für jedes der 60 Kinder eine große Portion Eis. Der gegenseitige Camp-Besuch war ein Höhepunkt der Ferien-Aktion.

Anzeige

Lifta, der Treppenlift



Große Auswahl an Sitzliftmodellen – jetzt auch zur Miete

- Lifta paßt praktisch überall
- Wird einfach auf der Treppe aufgestellt
- Kurze Lieferzeiten, Einbau sofort
- Über 60.000 verkaufte Liftas
- Sehr hohe Kundenzufriedenheit
- Eigener Kundendienst bundesweit
- 365 Tage für Sie erreichbar

Rufen Sie uns kostenlos an.
☎ 0800-22 44 66 1
Internet: www.lifta.de



Freiwillig geprüfte Beratungs- und Servicequalität



Der Treppenlift

GUTSCHEIN

Ja, schicken Sie mir meinen Prospekt – kostenlos und unverbindlich.

Name / Vorname _____

Straße / Nr. _____

PLZ / Ort _____ Tel.-Nr. _____

Lifta GmbH, Abt. SOV 34, Horbeller Straße 33, 50858 Köln

Christoph Drösser beantwortet Fragen des Alltags

Wurde ganz Manhattan für ein paar Dollar verkauft?

Stimmt es, dass die amerikanischen Ureinwohner Manhattan für 24 Dollar verkauft haben? Das wäre dann wohl das schlechteste Immobiliengeschäft aller Zeiten.



im 19. Jahrhundert ermittelt, denn es hatte über 200 Jahre gedauert, bis die Geschichte in Amerika publik wurde. Es ist ein angenommener Wert der Gulden in damaligen Dollar – also weder der Preis zurzeit des Vertrages noch der heutige Wert. Der läge bei etwa 90 Dollar.

Ein schlechtes Geschäft für die Indianer? Das kann man so oder so sehen. Der heutige Wert der Insel ist schwer zu ermitteln, aber vor einigen Jahren hat ein amerikanischer Journalistkollege den Betrag einmal geschätzt. Er errechnete eine Wertsteigerung von 17 Milliarden Prozent. Das klingt astronomisch, entspricht aber, über die Jahrhunderte gerechnet, einer jährlichen Rendite von bescheidenen 5,3 Prozent.

Das Gebiet des heutigen New York wurde im 17. Jahrhundert von Holländern besiedelt. Damals galt die Vorschrift, Land für neue Städte nicht durch Krieg, sondern in friedlichem Handel mit den Ureinwohnern zu erwerben. Als Peter Minuit, Direktor der holländischen Kolonie, 1624 auf der Insel Manhattan die Stadt Nieuw Amsterdam gründen wollte, verhandelte er mit den Indianern. Sie stimmten einem Tausch zu, der ihnen Waren im Wert von 60 Gulden einbrachte.

So steht es in einem Bericht, den ein Peter Schagen 1626 an die Westindien-Kompanie schickte – das einzige zeitgenössische Dokument über den Handel. Die Zahl von 24 Dollar wurde erst



tragbares Fernsehgerät	ital.: ja	psychologisches Experiment	französisch: Osten	Zierpflanze	nord-europ. Volk	niederdt.: Sumpfland	ver-söhnen (gehoben)	Abk.: Rheinland-Pfalz	ugs.: Glatze	ländl. Hausbedeckung	Be-wohner eines Erdteils
Stadt am Harz (Niedersachsen)				ein ital. Gericht		Passions-spielort in Tirol			Abk.: Sommer-schluss-verkauf		Nische in Gast-stätten
West-germane	Schiffs-balken		Berliner Spitz-name	Bienen-männ-chen	Germane	Quell-fluss der Weser		ugs.: Zank, Unfried-en	Vor-gebirge, Kap		
dt. Or-ches-ter-chen (James)	Fluss durch München	Tauch-vogel							Buch der Bibel		Ort in Rhein-land-Pfalz
mildern						mund-ärtlich: Ameise	erhöhter Fuß-boden-teil		allnord. Sagen-samm-lung		
			Verfas-ser von Werbe-slogans		fränk.: Haus-tür				Mosel-zufluss		
Dichter (Hermann) † 1962	eng-lisch: Osten	schmale Öffnung	Bauwerk in Leipzig								
						ugs.: hand-fester Mann	Neigung, Passion	Grau-tier	Stamm-mutter, Vor-fahrin		
alter Name des Iran	Abk.: Turn-u. Sport-verein	Ort (Orts-teil) bei Bramsche (Nieders.)		scharfe Kurve						AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS	
Platz, Ort, Stelle						auf ange-führter Seite (Abk.)				PLACKER GERIEGELSTIG ENTFRICKEN DRANK CHANCE BEHEULE PILLAMKUB GHEHEXENEFURROREILIE ERROCKAMMOKONKERT BEHANONGMOKONKERT BLZKTRONGONORTA ELEITEARMORAS NETONAFMORAS	
Ärmel-auf-schlag	keim-frei			Kreis von Men-schen							
						bringt die Haare in Form					

Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.
 Das Lösungswort zum Gewinnen wertvoller Buchpreise bitte einsenden an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: Kreuzworträtsel, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

Die Gewinner / -innen vom September

Kreuzworträtsel
 Hella Küper, 45359 Essen; Horst Vogel, 28213 Bremen; Martin Hellmold, 37136 Seeburg.

Sudoku
 Friedel Cibien, 45661 Recklinghausen; Anna Schulz, 31535 Neustadt; Hans Küpker, 26919 Brake.

Buch-Tipp
Buch: Ralf Krohn, 33649 Bielefeld; Dora Löffler, 18435 Stralsund; Rita und Horst Dienstbir, 28357 Bremen.
Hörbuch: Marianne Liersch, 08529 Plauen; Christian Zeuschner, 25899 Niebüll; Christel Grodka, 13589 Berlin.

Die Namen der Gewinner/-innen werden in der SoVD-Zeitung und im Internet veröffentlicht.

Das SoVD-Sudoku

Variante: LEICHT

8						4	5	9
	○		4		6			
2			7	5			6	
5	8	9		○				1
7		1		3		6		5
	3					8	9	4
	5		6	9				7
			7		3			
1	6	7				○		2

Auflösung des Vormonats

5	7	2	1	4	8	9	3	6
1	4	9	6	3	2	7	5	8
3	8	6	9	5	7	1	4	2
7	6	3	5	8	9	2	1	4
2	1	4	7	6	3	5	8	9
9	5	8	2	1	4	6	7	3
6	3	1	4	9	5	8	2	7
8	9	7	3	2	1	4	6	5
4	2	5	8	7	6	3	9	1

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Variante: MITTEL

3	6				○	4	9	
1			5		3			
2	5						8	
6			3			7		
			7	8	5			
	○	3			9			1
		1					5	8
			9		8			2
	9	4		○			3	7

Auflösung des Vormonats

7	9	4	5	2	3	8	6	1
2	5	6	9	1	8	3	7	4
3	1	8	7	4	6	2	5	9
5	6	3	1	9	2	4	8	7
1	4	2	8	5	7	9	3	6
8	7	9	6	3	4	5	1	2
6	8	5	2	7	9	1	4	3
4	2	7	3	8	1	6	9	5
9	3	1	4	6	5	7	2	8

Um eines von 3 Büchern zu gewinnen, senden Sie eine Postkarte mit den gesuchten, eingekreisten Zahlen (in der Reihenfolge von oben nach unten) an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: SoVD-Sudoku, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: sudoku@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben! Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.

Die Frage des Monats Oktober

Im September wollten wir Folgendes wissen: „Die Verbraucherschutzzentrale in Schleswig-Holstein hat einen Datenschutz-Skandal aufgedeckt. Haben Sie selbst bereits negative Erfahrungen mit der Weitergabe Ihrer persönlichen Daten gemacht?“ Bis Redaktionsschluss haben 69 Websitebesucher abgestimmt: 83 Prozent mit „Ja“, 17 Prozent mit „Nein“.

Die Frage des Monats Oktober lautet: Vor gut 800 Jahren eröffnete in Trier die älteste Apotheke Europas. Heute lassen sich Medikamente oftmals günstiger über das Internet bestellen. Haben Sie aus Kostengründen bereits von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht?

Besuchen Sie zum Abstimmen unsere Homepage www.sovd.de. Dort haben Sie auch die Möglichkeit, eine eigene Antwort zu formulieren. Die Redaktion wertet alle eingehenden Antworten aus und bemüht sich, diese – evtl. gekürzt – in ihre Berichterstattung einfließen zu lassen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung im Internet oder in der SoVD-Zeitung besteht jedoch nicht.

Die Schutzimpfung ist wichtiger denn je

Die Tage werden kürzer, die Grippezeit rückt näher. Wer den Viren nicht schutzlos ausgeliefert sein will, sollte den Besuch beim Hausarzt nutzen, um sich hinsichtlich einer Grippeimpfung beraten zu lassen. Besonders empfohlen wird sie Senioren, da diese wie chronisch Kranke, Schwangere und Mütter von Neugeborenen besonders gefährdet sind: 90 Prozent der 5000 bis 8000 in Deutschland auftretenden Influenza-Todesfälle betreffen Patienten, die über 65 Jahre alt sind (Quelle: Online-Portal der Ärztezeitung unter www.aerztezeitung.de).

In diesem Jahr ist eine Grippeimpfung besonders angezeigt. Experten erwarten nämlich vermehrt schwere Grippeerkrankungen. Schuld sind drei neue Virenstämme vom Typ A (H3N1). Diese Stämme gelten als wesentlich virulenter als die des vergangenen Jahres.

Für Anzeigen oder Werbebeilagen ist diese Zeitung lediglich Werbeträger. Eine Empfehlung des SoVD für die vorgestellten Produkte ist damit nicht verbunden (Ausnahme: Eigenanzeigen des SoVD).

Internet (www.sovd.de): Geschichte des Sozialverband Deutschland / Sozialpolitik / Verbands-Dienstleistungen / Pressemeldungen / Wie werde ich Mitglied? E-Mail: kontakt@sovd.de

Impressum
 Die SoVD-Zeitung des Sozialverband Deutschland (SoVD) erscheint am 1. eines jeden Monats. Herausgeber: Bundesvorstand des Sozialverband Deutschland e. V. – ehemals Reichsbund, gegründet 1917 – Sitz: Berlin. – Redaktion: Matthias Sommer (verantwortlich), Veronica Sina, Joachim Baars; Grafik/Bildbearbeitung: Steffi Rose; Redaktionsassistent: Roswitha Moldenhauer. Sitz: Stralauer Str. 63, 10179 Berlin (Berlin-Mitte, Rolandufer/Jannowitzbrücke), Tel.: 030 / 72 62 22-0, Fax: 030 / 72 62 22-145. Internet-Adresse: www.sovd.de. – E-Mail: redaktion@sovd.de. Die mit vollem Namen oder Verfasserszeichen veröffentlichten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Der Bezugspreis wird im Rahmen des Verbandsbeitrages erhoben. Anzeigenverwaltung: U. Struckmeyer, Postfach 1266, 27723 Worpswede, Tel.: 047 92 / 22 16, Fax: 047 92 / 35 30. Zurzeit gilt der Tarif Nr. 30 vom 1. 1. 2006. Verlag: Publikom Z Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel. Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel. Verbreitete Auflage, IVW, 2. Quartal 2008: 396 296 Exemplare.



Kooperation zwischen SoVD und Büsser Gesundheitszentrum „Vitamaris“

Erholung zum Sonderpreis

Ein tolles Angebot: Vom 1. November 2008 bis zum 30. März 2009 haben SoVD-Mitglieder die Möglichkeit, sich zu Sonderkonditionen im Büsser Gesundheits- und Thalassozentrum „Vitamaris“ verwöhnen zu lassen.

Bei Vorlage des Mitgliedsausweises und des unten stehenden Coupons erhalten SoVD-Mitglieder fünf Meerwasser-Einzelinhalationen und drei Rückenmassagen zum Vorzugspreis von 65 statt 81 Euro. Diese Sonderkonditionen sind das Ergebnis einer Kooperation zwischen dem SoVD Schleswig-Holstein und dem Kur- und Tourismus-Service (KTS) Büsser. Das „Vitamaris“ liegt ganz in der Nähe des Büsser SoVD-Erholungszentrums und wurde nach

modernsten badermedizinischen Erkenntnissen konzipiert. Es vereint physikalische Therapiemöglichkeiten, Präventionsangebote, kurortgebundene Heilmittel und Wellnessleistungen unter einem gläsernen Dach. Hier werden unter anderem Erkrankungen der Atmungsorgane und des Bewegungsapparates, Herz-Kreislaufkrankungen und Erschöpfungszustände von erfahrenen Therapeutinnen und Therapeuten behandelt. Eine Wellness-Oase

mit modern ausgestatteten Fitness-Bereich rundet das Leistungsspektrum des „Vitamaris“ ab.

Für Erholungssuchende ist ein Urlaub im SoVD-Erholungszentrum Büsser in Verbindung mit einem Besuch des Gesundheits- und Thalassozentrums „Vitamaris“ eine perfekte Kombination. Nähere Informationen gibt es im Internet unter www.sovd-sh.de/erholungszentrum sowie im SoVD-Erholungszentrum, Möwenweg 14, 25761 Büsser, Tel.: 04834/95250, Fax: 04834/952515, E-Mail: ehz-buesser@sov-sh.de. Buchungsanfragen richten Sie an den SoVD-Landesverband Schleswig-Holstein, Muhlhusstraße 87, 24103 Kiel, Tel.: 0431/9838832, Fax: 0431/9838810 oder per E-Mail: ingeborg.feddern@sov-sh.de.



In Herbst und Winter ist eine Rückenmassage Entspannung pur.

Gegen Vorlage dieses Coupons und des SoVD-Mitgliedsausweises erhalten Mitglieder des Sozialverband Deutschland im Zeitraum vom 1. November 2008 bis zum 30. März 2009 fünf Meerwasser-Einzelinhalationen sowie drei Rückenmassagen zum Vorzugspreis von 65 Euro.

Die Bundesschatzmeisterin

So können Sie Energie und Kosten einsparen!

Mit der kühleren Jahreszeit steigt auch wieder der Energieverbrauch im Haushalt. Die Strom- und Ölpreise werden auf Dauer jedoch kaum sinken. Oft helfen Kleinigkeiten, um die Kosten einzudämmen und außerdem umweltbewusst zu handeln. Sie haben beispielsweise ein enormes Einsparpotenzial von 80 Prozent, wenn Sie herkömmliche Glühlampen durch Energiesparlampen ersetzen – überall dort in Ihrer Wohnung, wo Licht durchgängig mehr als eine Stunde am Tag brennt.

Ein anderer Tipp: Nutzen Sie öfter Wasserkocher, Toaster und andere Elektrogeräte! Für kleine Kochtätigkeiten brauchen Sie Ihren Herd nicht. Sie sparen 70 Prozent Energie, wenn Sie zum Beispiel Ihre Brötchen auf dem Toaster aufbacken – und nicht im Ofen. Geschirrspülen per Hand dauert lange und verbraucht außerdem viel Energie und Wasser. Ihre Geschirrspülmaschine erledigt das viel günstiger und wesentlich hygienischer – mit 10 Litern Wasser und 1,05 kWh Strom für 140 Geschirrtteile. Zum Vergleich: Handspülen verbraucht bei der gleichen Menge 40 Liter Wasser und 2 kWh Strom.

Hi-Fi-Anlagen, Fernseher und Computer sind im Stand-by-Modus wahre Stromfresser, auch wenn sie keinen Ton von sich geben. Sie sparen bis zu 50 Prozent ein, wenn Sie diese Geräte immer ganz ausschalten.

Sparen können Sie auch im Badezimmer: Durch einen Sparduschkopf fließt bis zu 50 Prozent weniger Wasser. Sauber werden Sie trotzdem und leisten einen deutlichen Beitrag zum Wassersparen. Wenn Sie nur drei Minuten kürzer duschen, sparen Sie in einem Drei-Personen-Haushalt bis zu 150 Euro im Jahr! Übrigens: Baden ist im Vergleich zum Duschen deutlich teurer. Ein Vollbad verbraucht etwa dreimal mehr Energie und Wasser als ein Duschbad. Und mit der Energie für ein durchschnittlich warmes Vollbad (ca. 120 Liter Wasser) könnten Sie Ihren Fernseher 120 Stunden ununterbrochen laufen lassen. Rüsten Sie auch Ihre Toilettenspülung mit einer Spartaste auf. Ältere Toilettenspülungen vergeuden pro Spülung 9 bis 12 Liter Wasser.

Stromsparen lohnt sich durch viele Kleinigkeiten, die letztlich die große Summe ausmachen.

Gesucht und gefunden in der Zeitung des Sozialverband Deutschland

An- und Verkaufsanzeigen

Keine Reiseanzeigen – Keine gewerblichen Anzeigen
An die Zeitung des SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD), Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, Postfach 1266, 27723 Worpswede

Die nachstehende Anzeige veröffentlichen Sie bitte unter „An- und Verkaufsanzeigen“ (keine „Reise-Gewerblichen Anzeigen“), pro Zeile 5,95 Euro incl. 19% MwSt. Anzeigenannahmeschluss: Am 3. des Vormonats.

Vor- und Zuname _____

Straße und Nr. _____

PLZ _____ Wohnort _____

Ich ermächtige die ZEITUNG DES SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD)-Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, die Insertionskosten von meinem Konto abbuchen zu lassen. Die Bezahlung Ihrer Anzeige kann nur durch Abbuchung oder Vorkasse (Scheck) erfolgen.

Bank / Postscheckamt _____ in: _____

Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum _____ Unterschrift _____

Der Text meiner Anzeige: _____ Ausgabe _____

Kleinanzeigen in Fließsatzausführung, 1spaltig in 3 mm Grundschrift. Bis zu 3 Wörtern am Anfang fett, sonst keine Hervorhebung oder Umrandung. Pro Zeile bis maximal 38 Buchstaben bzw. Zeichen einschließlich der erforderlichen Zwischenräume. Nur allgemein gebräuchliche Abkürzungen möglich. Chiffregebühr 5,35 Euro pro Anzeige incl. MwSt.

E-Mobil bzw. E-Rollstuhl, guter Zustand je VB 1.000,- € Anlieferung mögl. ☎ 051 08 / 92 54 96

Ihre Internet-Apotheke des Vertrauens
VOLKSVERSAND
APOTHEKE
Ihre Gesundheit in den besten Händen
www.volksversand.de
JETZT bis zu 55% sparen!
Gratis Katalog - Jetzt anfordern!
☎ 01 80/5 15 15 70

Er, 62 J., 168, sucht nette Frau für eine feste Dauerfreundschaft Chiffre 2018

Elektromobile SCHOLZ
Stadtblick 14 • 38112 Braunschweig
Mobilitätsprodukte
Elektromobile • Treppenlifte • Badelifte
Der Solo QS4 – ein revolutionäres Elektromobil entspanntes, komfortables, schmerzfreies Fahren durch patentierte Federung
15 km/h
auch gebrauchte E-Mobile
TÜV geprüft
Finanzierung (Miete/Leasing) bei 25% Anzahlung ohne Altersbeschränkung
Tel.-kostenl. 0800 - 327 327 0 Gratisprospekt www.elektromobile-scholz.de

Barrierefreies Wohnen im Ammerland, hochwertige 3 ZKB. HWR. 103m², Aufzug, Erstbezug, ruhige u. zentrale Lage, Bahnhofsnahe, KM. 565,-€, plus NK, von privat, Info: ☎ 01 75 / 10 48 447

Verkaufe oder tausche eine ETW in Bad Pyrmont gegen ETW in Dortmund ☎ 02 31/177 60 91

Männer über 50
...die wissen, was sie in einer befriedigten Partnerschaft wollen, nehmen Eumel-Bull-Kraft-NE Dragees, denn Liebe ist keine Frage des Alters. Mit Rinderhodenextrakt und Potenzholz zur Stärkung ohne Nebenwirkung. 1 Packg. € 28,- inkl. Versandkosten. Jetzt bestellen – erst in 14 Tagen bezahlen.
Otto Blocherer • Abt. 1 • Friedensstraße 4
Tel. 08 21/43 45 57 • 86391 Stadtbergen

Elektronischer Rollstuhl Euro-Sprint/Meyra, wegen Todesfall abzugeben. Preis nach VB. ☎ 040/6 5167 23

Treppenlifte
neu und gebraucht
Qualität zu günstigen Preisen.
Kostenloses Angebot: 0,09 EUR/min
Tel. 0180 - 35 36 37 1
Ihr regionaler Partner in:
Hamburg
Schwerin
Bremen
Hannover
Bielefeld
Dortmund
Köln
Frankfurt
Stuttgart
Augsburg
a&p
Treppenlifte.com
Weserstr. 24
27283 Verden
www.treppenlift-discount.de

Mehrgenerationenhaus 2 Wohnungen, 7 Zimmer, Wohnfläche 160m², Grdst. 420m², Baujahr 1994 in Lauterbach bei Putbus/Rügen zu verkaufen ☎ 03 83 01/6 04 67 • E-Mail regina.dabel@gmx.de

E-Mobil, 6 km/h, guter Zustand, VB 1.600,- € ☎ 05164 / 802 643

LIFTE
TREPPEN
ABEG TREPPENLIFTE GmbH
Kooperationspartner des SoVD
LV NRW (ehemals Reichsbund)
Beratung • Verkauf • Service
bundesweit
Lassen Sie sich kostenfrei + unverbindlich ein Angebot unterbreiten
☎ 0 800 / 399 80 30
0,0 Cent / Minute
www.abeg-treppenlift-gmbh.de

Ihr Bruch
Spranzband - 60
Ohne Feder, ohne Schenklerriemen, mm-genau einstellbar. Seit 90 Jahren im In- und Ausland viel-100.000-fach bewährter Vollschutz bei Leisten-, Hoden-, Nabel- und Bauchwandbrüchen.
Ausschn. u. einsehen - Prosp. 30 gratis
SPRANZ GmbH, Postfach 9153, D-73416 Aalen
www.spranzband.de

Lünebg. Heide Versehrtengerechte 3,5 Zimmer-WHg. in Bad Bevensen zu verkaufen. 105m², 2 Balkone, WZ 42m², Parkett, Diele 16m², Schz. 16m², Gäste-WC, EBK, HWR, 2 Lifte ☎ 0 4102 / 98 19 88 - privat

**IN RUHE GESUCHT, DAS BESTE GEFUNDEN,
IN DER SoVD-ZEITUNG!**

Anzeigenverwaltung SoVD Zeitung

U. Struckmeyer
Postfach 1266 • D-27723 Worpswede
Tel.: 0 47 92 / 22 16 • Fax: 0 47 92 / 35 30
E-Mail: u.struckmeyer@t-online.de

Treppenlifte ab 2.500,- €
Elektromobile ab 1.498,- €
☎ 0 50 53 / 12 28
www.treppenliftservice.de

3-RAD E-Mobil, 6 km/h, rot, NP 4.090,- € VB 800,- € ☎ 0 23 83 / 46 91

Antworten auf
Chiffre-Anzeigen unter
Angabe der Chiffre-Nr. an:
Anzeigen-Verwaltung
U. Struckmeyer
Postfach 1266 • 27723 Worpswede

